

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Mitteilungen

Nr. 35

August 2000

OLEKSYJ KURAEV

**Der Verband „Freie Ukraine“ im Kontext der
deutschen Ukraine-Politik des Ersten Weltkriegs**

ISBN 3-921396-56-5

Scheinerstraße 11, D-81679 München, Tel. (089) 99839-60
Fax: (089) 9810110, E-Mail: Beyer-Thoma@t-online.de
Redaktion: Reinhard Frötschner
Herausgeber: Hermann Beyer-Thoma

Inhalt

1	Literaturbericht und Forschungsaufgaben	5
2	Die „ukrainische Frage“ in der deutschen Presse in den Kriegsjahren 1914–1915	7
3	Die Anfänge der deutschen Publizistik zur „ukrainischen Frage“	18
4	Politische Strategie und propagandistische Aktionen Deutschlands in bezug auf die Ukraine im Sommer 1915	20
5	München, zweite Hälfte 1915 – der Kampf um die erste deutsche „ukrainische Zeitschrift“	22
6	Deutsche Eliten und die Gründung des Verbandes „Freie Ukraine“	26
7	Die Spezialmissionen des Münchener Zahnarztes Dr. Heinrich Schupp – von der Balkan-Politik zur „ukrainischen Aktion“	30
8	Der Verband „Freie Ukraine“ und seine Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ als intellektuelles Laboratorium und Propagandamedium der deutschen Ukraine-Politik	41
9	Quellen- und Literaturverzeichnis	45
9.1	Veröffentlichte Quellen	45
9.2	Archivalien	45
9.3	Literatur	46
9.3.1	Nachschlagewerke	46
9.3.2	Spezielle Literatur	46

1 Literaturbericht und Forschungsaufgaben

In der Menge der deutschen Publizistik zur Ukraine-Politik Deutschlands im Ersten Weltkrieg kommt dem vom Verband deutscher Förderer ukrainischer Freiheitsbestrebungen organisierten und von seinem „amtlichen Organ“¹, der Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“, durchgeführten politischen und wissenschaftlichen Informations- und Meinungsaustausch zu den Aufgaben Deutschlands hinsichtlich der Ukraine eine besonders wichtige Rolle zu. Die publizistischen Arbeiten deutscher Verfasser zur „ukrainischen Frage“ des ersten Kriegsjahres demonstrieren wenig Kenntnis der Ukraine und enthalten nur ganz allgemeine Formulierungen der Kriegsziele in diesem geopolitischen Raum.² Die deutsche militärische und politische Führung, die schon vor Kriegsausbruch gute Beziehungen zu den national-ukrainischen politischen Kreisen (vorzüglich Ostgaliziens) angeknüpft hatte, zeigte nach dem Scheitern der Blitzkriegspläne im September 1914 besonderes Interesse an der publizistischen Tätigkeit der antirussisch gesinnten Ukrainer und breitete diese auf Deutschland aus. Der Großteil der Veröffentlichungen deutscher Autoren vor 1916 beruht faktologisch auf den Angaben der ukrainischen Publizistik.

Obwohl im Verlaufe des Jahres 1915 die Zahl der publizistischen Arbeiten deutscher Verfasser zum Problemkreis „Ukraine“ stieg, kamen deren Autoren meistens nicht über die verallgemeinerte Idee der Abtrennung der (Ost)Ukraine von Rußland und der „Insurgierungskonzeption“.³ Eine konkretere Darstellung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen und eine Analyse der unmittelbaren Perspektiven Deutschlands hinsichtlich der Ukraine findet sich damals noch nicht.

Die Situation änderte sich prinzipiell Ende 1915 / Anfang 1916. Die Gründung des Verbandes deutscher Förderer ukrainischer Freiheitsbestrebungen „Freie Ukraine“ am 11. Dezember 1915, der ersten den ukrainischen Angelegenheiten gewidmeten deutschen Organisation, kennzeichnete einen Wendepunkt in der öffentlichen Erörterung der ukrainischen und deutschen Interessen. Deutsche politische, militärische und wissenschaftliche Experten entfalteten gemeinsam mit den führenden ukrainischen Publizisten eine beeindruckende Tätigkeit zur Verbreitung von ausführlichen Sachkenntnissen über die Naturschätze und die wirtschaftliche Lage der Ukraine sowie über die Geschichte, Kultur und politischen Bestrebungen der Ukrainer. Die überwiegend zu diesem Zwecke im Januar 1916 gegründete

1 Osteuropäische Zukunft: Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerländerverbandes „Dubvid“, Berlin und München, des Verbandes deutscher Förderer ukrainischer Freiheitsbestrebungen „Freie Ukraine“, Berlin und München (ab Dezember 1917 – des Wirtschaftsausschusses Ukraine, Berlin), der Deutsch-Finnländischen Vereinigung, Berlin, der Deutsch-Georgischen Gesellschaft, Berlin und des Deutsch-Nordischen Verbandes e.V., Berlin (Januar 1916-Oktober 1918).

2 Vgl. GOLCZEWSKI Zur deutschen Ukrainepolitik 1918-1926, S. 119-129.

3 Darüber die Arbeit von Oleh S. Fedyshyn: Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918. New Brunswick (New Jersey) 1971.

Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ wurde zum wichtigsten Werkzeug dieser Aufklärungs- und Diskusstätigkeit.⁴

Die führende Rolle bei der Organisation sowohl des Verbandes „Freie Ukraine“ als auch der genannten Zeitschrift hatte ein und dieselbe Persönlichkeit, Herr Dr. Falk Schupp, inne, über welchen die zeitgenössische Historiographie nicht viel mehr als die bereits bekannten Fakten in Erfahrung bringen konnte.⁵

Auch über die Tätigkeit des Verbandes „Freie Ukraine“ (in der bisherigen Geschichtsschreibung stets Verband „Ukraine“ genannt)⁶ ist nicht sehr viel zu erfahren.⁷

Neueste Informationen dazu enthält die Arbeit von Claus Remer „Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917/18“. Hier wird auf die Rolle des Kriegsministeriums bei der Gründung dieses Verbandes hingedeutet, dessen publizistische Tätigkeit charakterisiert und die Schaffung einer Wirtschaftskartothek Ukraine, die bei der Vorbereitung der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen Ende 1917 benutzt wurde, erwähnt.⁸

Die Organisation, die eine wichtige, in vielerlei Hinsicht maßgebende Rolle in der Diskussion der Jahre 1916-1917 zur deutschen Ukraine-Politik spielte, bleibt aber dennoch für die Geschichtswissenschaft in manchen Aspekten unbekannt.

Die Ergebnisse der bisherigen Forschung zum Thema ergeben ein paradoxes Bild: Die Tätigkeit der Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ ist in vielen Punkten beleuchtet, von dem Verband „Freie Ukraine“ sind nur höchst allgemeine Kenntnisse vorhanden und von der

4 Dmytro Doroschenko unterstreicht in seinem Werk *Die Ukraine und das Reich* (Leipzig 1941), daß die Halbmonatsschrift „Osteuropäische Zukunft“ unter Teilnahme deutscher wie ukrainischer Mitarbeiter herausgegeben wurde und „in erster Reihe der Ukraine gewidmet“ war (S. 188-189). Die Tendenz der Zeitschrift wurde im Leitartikel des ersten Hefes unter dem Titel „Das ukrainische Problem“ festgelegt. Der Leitartikel stammt aus der Feder des Tübinger Universitätsprofessors Dr. J. Haller.

Dies bestätigt auch Claus Remer in seiner Forschung *Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917/18* (Frankfurt a.M. u.a. 1997), S. 296: „Insgesamt standen führende Militärs, Politiker, Industrielle, Alldeutsche bei der Gründung dieses Verbandes Pate. Sein Hauptanliegen war die Darstellung und Publizierung der wirtschaftlichen Bedeutung der Ukraine für einen nicht sehr großen Kreis von einflußreichen Vertretern der Unternehmer, des Staatsapparats, der Wissenschaft und Publizistik, die ihrerseits wiederum als „Multiplikatoren“ wirken sollten.“

5 Der historiographische Befund von Rudolf Mark: *Zur ukrainischen Frage im ersten Weltkrieg: Flugschriften des ‚Bundes zur Befreiung der Ukraine‘ und ihm nahestehenden Publizisten 1914-1916*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 33, 1984, S. 196-226, und die Arbeit von Hans Bayer: *Die Mittelmächte und die Ukraine 1918* (München 1956), wo die Tätigkeit maßgebender deutscher Teilnehmer an der Erörterung von Kriegsaufgaben Deutschlands in bezug auf die Ukraine berührt ist, enthalten keine Information über Falk Schupp und die Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“. Wolfdieter Bihl war der erste, der die Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ in der wissenschaftlichen Literatur erwähnte, und zwar im Literaturverzeichnis seiner Arbeit *Österreich – Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk*. Wien, Köln, Graz 1970.

6 So bei Dmytro Doroschenko und bei Peter Borowsky (*Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung von Wirtschaftsfragen*. Lübeck und Hamburg 1970), und bei Claus Remer (*Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917/18*. Frankfurt a.M. u.a. 1997).

7 So schreibt Peter Borowsky in seiner Arbeit *Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderen Berücksichtigung von Wirtschaftsfragen*, (Lübeck und Hamburg 1970), S. 40, nur über die finanzielle Unterstützung führender Industrieller bei der Gründung des Verbandes.

8 REMER *Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen*, S. 296-301.

bedeutendsten Figur dieser beiden Strukturen, Dr. Falk Schupp, ist praktisch nichts bekannt. Entsprechend ist es Aufgabe dieser Arbeit, diese Lücken zu schließen. Gleiche Aufmerksamkeit wurde auch der Analyse des historischen Hintergrundes geschenkt, wobei den Entwicklungstendenzen der entsprechenden Publizistik und der kriegspolitischen Bedeutung des „ukrainischen Faktors“ in den Jahren 1914-1915 nachgegangen wurde.

Die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Bundesarchiv Berlin, Staatsarchiv München, Bayerischen Hauptstaatsarchiv München, Archiv der Stadt München und Preußischen Geheimen Staatsarchiv Berlin durchgeführten Nachforschungen ergaben, daß das Archiv des Verbandes „Freie Ukraine“ in keinem der genannten Archive vorhanden ist. Die Archivbeamten zeigten sich überzeugt, daß diese Akten höchstwahrscheinlich während des Zweiten Weltkrieges verbrannten.

Weitere Informationen zur Persönlichkeit von Falk Schupp und zum Verband „Freie Ukraine“ wurden bei jüngst durchgeführten Archivforschungen in München und Bonn gewonnen. Diese Archivaufenthalte führten auch zu Funden, welche zur Klärung einiger anderer unerforschter Episoden der deutschen Ukraine-Politik beitragen.

2 Die „ukrainische Frage“ in der deutschen Presse in den Kriegsjahren 1914-1915

Die Pressesammlungen des Politisches Archivs des Auswärtigen Amtes Bonn und des Bundesarchivs Berlin belegen, daß die in deutschen Zeitungen erschienenen Aufsätze zur ukrainischen Frage bis März 1915 praktisch ausschließlich entweder von ukrainischen Publizisten, von Vertretern des Bundes zur Befreiung der Ukraine und des Ukrainischen Pressebüros, oder auf der Grundlage von deren Abhandlungen verfaßt wurden.⁹

Die Namen der Verfasser dieser Artikel und der daran beteiligten Organisation, des am 4. August in Wien gegründeten „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ (BBU), stehen in engem Verhältnis auch zu der künftigen Gründung des Verbandes „Freie Ukraine“ und der publizistischen Tätigkeit der „Osteuropäischen Zukunft“.

Die Reihe von Veröffentlichungen zur ukrainischen Frage wird mit der Darlegung der Aufrufe des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 9. September 1914 eröffnet. Diese Publikation, „Rußland. Zur Befreiung der Ukraine“ genannt, behandelte ausschließlich die Kriegsziele des BBU hinsichtlich der russischen Ukraine. Sie sahen die Abtrennung der Ukraine vom Russischen Reich und die Schaffung eines selbständigen ukrainischen Staates infolge des siegreichen Krieges vor.

⁹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20952. Als eine der seltenen Ausnahmen könnte das Auftreten von Professor Hoetzsch in der Kreuzzeitung am 16. August 1914 genannt werden, in welchem er verkündete, daß das „schwebende Feuer“ im kleinrussischen Volke emporlodert, wenn dort die deutschen Truppen marschieren würden. Zitiert nach BAYER Die Mittelmächte und die Ukraine 1918, S. 24.

Die „Kölnische Volks-Zeitung“ berichtete am 26. Oktober 1914 im Aufsatz „Rußland und die Ukraine“ über die in Wien 1914 herausgegebene Broschüre „Ukraina und die Ukrainer“ von Stefan Rudnytskyj. Die Zeitung zitiert den Abschlusssatz der Broschüre: „Die Ukrainer sind die einzige slawische Nation, welche direkt an der Niederlage und Schwächung Rußlands interessiert ist.“

Die Arbeit von Stefan Rudnytskyj rief eine besondere Resonanz in der deutschen Presse hervor. So widmete Dr. Paul Rohrbach der Broschüre „Ukraina und die Ukrainer“ den Aufsatz „Was ist Ukraina und die ‚ukrainische Frage‘?“ in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 6. Dezember 1914.

Rohrbach veröffentlichte eine ausführliche Inhaltsangabe der Broschüre auch in der Wochenschrift „Das Größere Deutschland“, Nr. 34, vom 28. November 1914. Beide Aufsätze enthielten den genannten Abschlusssatz von Rudnytskyj als Zitat.

Im „Berliner Tageblatt“ erschien am 1. Oktober 1914 ein Aufsatz von Eugen Lewicky „Die Verdrängung Rußlands vom Schwarzen Meer“. Die Hauptidee dieser Abhandlung lautete: Die Verdrängung Rußlands vom Baltischen und Schwarzen Meer baue die chinesische Mauer ab, mit der die Ukraine von Westeuropa abgegrenzt sei, und bringe der Ukraine die Blütezeit.

Die deutschen Teilnehmer der Pressediskussionen im Kriegsjahr 1914 zeigten keine besondere Kenntnis hinsichtlich der „ukrainischen Frage“. Der später als hervorragender Kenner dieser Frage bekannte Publizist Paul Rohrbach begnügte sich damals mit der Popularisierung der Angaben von ukrainischen Verfassern.¹⁰

Den Stand der Kenntnis der deutschen Publizistik zur ukrainischen Problematik am Anfang des Krieges illustrieren z.B. Ausgaben wie „Das neue Deutschland“ und die „Preußischen Jahrbücher“.

10 Der Inhalt von P. Rohrbachs Presseaufsätzen zur ukrainischen Thematik stellt folgende, eben diese betreffende These von Peter Borowsky unter Zweifel: „Bereits 1897 beschäftigte er sich eingehend mit dem ukrainischen Problem und erkannte die Bedeutung der Agrarfrage für die Zukunft der Ukraine und die zukünftigen Beziehungen der Ukraine zum Gesamtstaat“. (BOROWSKY Deutsche Ukrainepolitik 1918, S. 31.) Diese These versuchte er, mit einem Zitat aus dem 1916 in Leipzig herausgegebenen Weltpolitischen Wanderbuch 1897-1915 von Rohrbach zu belegen: „Wenn aber der Tag kommt, wo Russland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand so viel Kenntnis von den Dingen und soviel Entschlossenheit, daß er die ukrainische Bewegung richtig loszubringen weiß – dann, ja dann könnte Rußland zertrümmert werden.“ (Paul Rohrbach: Weltpolitisches Wanderbuch 1897-1915. Leipzig 1916, S. 51.) Dieser Schlußfolgerung von Borowsky steht neben den vollständig auf der Grundlage der Argumentation der ukrainischen Publizisten geschriebenen Zeitungsaufsätze von Rohrbach aus dem Kriegsjahr 1914 auch seine 1912 in Leipzig herausgegebene Arbeit Der deutsche Gedanke in der Welt gegenüber. In dieser Broschüre spricht er nur ganz kurz von „Kleinrussen“ oder „Ruthenen“, die „Rußland innerhalb seiner staatlichen Grenzen vermißt“ (S. 19). Als guter Kenner der ukrainischen Problematik erscheint Rohrbach trotz des im Titel seines „Weltpolitischen Wanderbuches“ angegebenen Jahres 1897 tatsächlich kaum früher als im Jahre 1916.

Rudolf Mark spricht von Rohrbach als von einem Befürworter der deutschen Ukraine-Politik eigentlich nicht früher als 1915. Vgl. MARK Die gescheiterten Staatsversuche, S. 178, Anm. 7.

Die Wochenschrift der Reichs- und freikonservativen Partei „Das neue Deutschland“, die im Kriegsjahr 1915 eine nennenswerte Rolle in der Pressediskussion zur „ukrainischen Frage“ spielte, konnte in der zweiten Hälfte 1914 nur undeutliche Vorstellungen zu diesem Problemkreis vorweisen. Diese These wird durch den Inhalt des Aufsatzes „Der Zusammenbruch des Panlawismus“ vom 15. August 1914 von Mantis belegt, der sich selbst ein halbes Jahr später als langjährigen Anhänger der „ruthenischen Bewegung“ bezeichnete.¹¹ In diesem pathetisch klingenden Aufruf an die slawischen Völker, vorerst an die Tschechen und Polen gerichtet, fand der Verfasser für die ukrainische Nationalbewegung nebenbei nur folgende Bezeichnung: „[...] das Großrussentum muß nun in die ärgste Bedrängnis geraten, weil die Balkanslawen ebenso wie auch die slawischen Stämme in West- und Südwestrusslands und die Rumänen sich jetzt um so stärker von dem Moskowitertum abwenden werden [...]“.

Von Ukrainern wurde 1914 noch im Artikel „Galizien und Österreich“ von Richard Tharmatz aus Wien geschrieben.¹² In dieser Publikation wurden die nationalpolitischen Aspekte des Vormarsches der russischen Truppen in Galizien Ende 1914 behandelt. Die Stellung des Verfassers zeigt neben der Überzeugung von der Ergebnislichkeit der Ukrainer Ostgaliziens gegenüber Österreich auch kaum versteckte Zweifel daran: „Daß ruthenische Dorfgemeinden den Feind begünstigten, den Würger des ruthenischen Volkes willkommen hießen, [...] war eine schmerzliche Überraschung und Widersinnigkeit zugleich“.

Im Endergebnis präsentieren die Veröffentlichungen in der Wochenschrift „Das neue Deutschland“ im Kriegsjahr 1914 eine unklare und sogar eher negative Einschätzung des ukrainischen politisch-militärischen Faktors in bezug auf die Interessen Deutschlands.

Die von Hans Delbrück in Berlin herausgegebenen „Preußischen Jahrbücher“ veröffentlichten im ersten Heft seit dem Kriegsausbruch den Aufsatz „Ist ein Winterfeldzug nach Rußland möglich?“ von Karl Ballod, ordentlichem Honorarprofessor an der Universität Berlin.¹³ Ballod analysiert die drei strategischen Richtungen des Aufmarsches der deutschen Armee gegen Rußland und begründet die Vorteile der dritten Vorstoßrichtung, nämlich aus Galizien über Kiew nach Katerynoslaw, Poltawa, Charkow und zum Donezgebiet, im Sinne der Generalstabsplanung, indem er den Komplex von natürlichen und wirtschaftlichen Umständen in bezug auf die Durchführbarkeit dieser militärischen Operation beurteilt. Die militärisch-politischen Faktoren, darunter auch die national-ukrainischen Bestrebungen, läßt er bei seinen Kalkulationen völlig unberücksichtigt.

11 Das neue Deutschland. Wochenschrift für konservativen Fortschritt. Organ der Rechts- und freikonservativen Partei. Herausgegeben von Dr. Adolf Grabowski, Berlin, verlegt bei: Politik, Verlagsgesellschaft und Buchdruckerei GmbH. Der Aufsatz von Mantis: Der Zusammenbruch des Panlawismus, in: Das neue Deutschland, Nr. 45/46, 15. August 1914, S. 560-561.

12 Richard Tharmatz (Wien): Galizien und Österreich, in: Das neue Deutschland, Jahrg. 3, Nr. 7/9, 22. Dezember 1914, S. 69-71.

13 Preußische Jahrbücher, Band 157, Juli-September 1914, S. 114-127.

Die nächste Abhandlung von Ballod in den „Preußischen Jahrbüchern“, „Herrscht in Rußland Einheit?“, sollte die innenpolitischen Probleme Rußlands beleuchten. Dem ukrainischen Faktor widmete er aber nur eine kurze verallgemeinernde Bemerkung: „Die kleinrussische Sprache ist unterdrückt, der Kleinrusse wird mit einem gewissen Hochmut behandelt, als „Chochol“ (Schopf) verspottet“¹⁴.

Diese Veröffentlichungen zeigen, daß im August-Dezember 1914 deutsche Publizisten und deutsche Medien ziemlich unklare, allgemeine Vorstellungen über die Ukraine und die politischen Interessen der Ukrainer demonstrierten.

C. Remer erwähnt das Ende 1914 verhängte Verbot des Reichskanzlers hinsichtlich der öffentlichen Erörterung der Kriegsziele. Archivadokumente belegen, daß auch in bezug auf die ukrainischen Angelegenheiten scharfe Beschränkungen eingeführt wurden:¹⁵

„Zentralstelle für Auslandsdienst.

den 2. Dezember 1914

Mitteilung an Herrn Wirkl. Geheimen Legationsrat Hamman, Berlin.

Herr Reinhard Mannesmann gestattet sich, darauf aufmerksam zu machen, daß mit Rücksicht auf die augenblicklich schwebenden Verhandlungen bezüglich der Ukraine es sehr nachteilig sei, wenn irgendwelche Mitteilungen über die Ukraine veröffentlicht werden. [...]

Herr Reinhardt Mannesmann wird veranlassen, daß auch von Wien aus alle auf die Ukraine bezüglichen Nachrichten von der Veröffentlichung ausgeschlossen werden.“

[Unterschrift]

Aus diesem Dokument kommt auch hervor, daß der Großindustrielle Reinhard Mannesmann einen besonderen Einfluß auf die Ukraine-Politik ausübte.

Ein Privatschreiben des Chefs des Kabinetts des Ministers des Äußern, Grafen Hoyos, an Oberst von Hranilovic, Chef des österreichisch-ungarischen Evidenzbureaus im k.u.k. Kriegsministerium, auf den 14. November 1914 datiert, wirft zusätzliches Licht auf die Ursachen dieses Einflusses. Hoyos berichtet über einige Details der in deutsch-österreichischer Zusammenarbeit geplanten türkisch-ukrainischen militärischen Aktion und erwähnt die Beteiligung Mannesmanns an deren Vorbereitung.¹⁶ In diesem Zusammenhang sieht das Verbot der Veröffentlichung von Nachrichten über die Ukraine als eine ganz logische

14 Preußische Jahrbücher, Band 158, Heft 1, S. 127-137, S. 136.

15 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20952. Mitteilung der Zentralstelle für Auslandsdienst vom 2. Dezember 1914, Berlin.

16 „Die Deutschen Brüder arbeiten mit solchem Hochdruck an all diesen Aktionen [...]. Ich bin manchmal recht skeptisch über den Erfolg aller dieser Aktionen Zimmer, Mannesmann etc. [...]. HORNYKIEWYCZ Ereignisse in der Ukraine 1914-1922, Bd. 1, S. 152.

Mehr über die militärische Operation in der Arbeit von Wolf Dieter Bihl: Das im Herbst 1914 geplante Schwarzmeer-Unternehmen der Mittelmächte, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F. 14, 1966, S. 362-366.

Maßnahme aus, die die Geheimhaltung der Vorbereitungen der militärischen Operation der Mittelmächte absichern sollte.

Das Verbot von öffentlichen Diskussionen dauerte zumindest bis Ende März 1915.¹⁷ Die trotzdem weitergeführten öffentlichen Veranstaltungen hatten deswegen manchmal Probleme für ihre Teilnehmer zur Folge, was der Brief von Paul Rohrbach beweist¹⁸:

„Zentralstelle für Auslandsdienst

Berlin, den 1. Februar 1916.

Frau

Elsa Bruckmann, München.

Sehr geehrte Frau.

Darf ich Sie mit Rücksicht auf das Schreiben des Bayerischen Kriegsministeriums vom 20. Januar bitten, dem Kriegsministerium noch die folgenden Gesichtspunkte zur Beurteilung und Rechtfertigung der beanstandeten Stücke meines Vortrags zu unterbreiten. Das ist richtig, daß ich angegeben habe, mein Vortrag würde sich in bezug auf Kriegsziele und ähnliche Fragen im Rahmen meines Buches „Russland und wir“ halten. Ich nahm aber dabei an, daß ich Dinge, die anderswo von der Zensur genehmigt sind, gleichfalls würde in dem Umfang heranziehen können, wie die Genehmigung anderwärts erfolgt ist. Das gilt auch für die Frage des Einmarsches in die Ukraine. Dieses Thema ist in noch weitergehender Weise, als ich davon gesprochen habe, in einem Aufsatz des Professors der Nationalökonomie an der Berliner Universität, Ballod, im Herbst 1914 in den „Preußischen Jahrbüchern“ behandelt worden. Der betreffende Aufsatz, der sehr ins Einzelne geht, ist von dem Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, Herrn Professor Delbrück, seinerzeit der Zensur vorgelegt und von dieser ausdrücklich genehmigt worden. Ich habe noch lange nicht so viel gesagt, wie dort zu lesen steht. [...]

Ihr stets ergebener

Dr. Paul Rohrbach.“

Die Erwähnung des „Einmarsches in die Ukraine“ in Rohrbachs Vortrag in München rief im bayerischen Kriegsministerium Unzufriedenheit hervor. Die von Prof. Ballod in den „Preußischen Jahrbüchern“ abgedruckte Arbeit behandelte die militärisch-technischen Aspekte eines eventuellen „Einmarsches“ als eine vorerst theoretisch betrachtete Alternative, da im August 1914 noch keine Rede von einer baldigen Offensive in die russische Ukraine sein könnte. Ganz anders sah die Situation am 20. Januar 1915 aus, als Rohrbach über einen „Einmarsch“ in die Ukraine nur drei Tage vor Beginn der Karpaten-Offensive deutscher

17 Im „Deutschen Kurier“ vom 26. März 1915 heißt es im Aufsatz „Die ukrainische Frage“: „Wir glauben, keinen Verstoß gegen das Verbot der Erörterung der Kriegsziele zu begehen, wenn wir diese Ausführungen des österreichischen Reichsratsabgeordneten kräftig unterstreichen und unterstützen.“

18 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abteilung IV (Kriegsarchiv). MKr 13874. Brief von Dr. Paul Rohrbach an Elsa Bruckmann. Berlin, den 1. Februar 1916.

und österreichisch-ungarischer Truppen sprach und damit die wachsame bayerische Militärzensur beunruhigte.

Die Diskussion in der Wochenschrift „Das neue Deutschland“ zeigt, daß nach der kurzen Offensive deutsch-österreichischer Truppen in den Karpaten Ende Januar 1915 das Verbot der öffentlichen Erörterung von ukrainischen Fragen nicht mehr so streng erfüllt wurde.

Im Februar-Mai 1915 entfaltete sich auf den Seiten dieser Zeitschrift eine Diskussion zur ukrainischen Frage. Sie wurde mit der Veröffentlichung des Aufsatzes von Dr. Hans Hartmeyer aus Wien „Die Ukraine und die Lösung der ukrainischen Frage“ eröffnet.¹⁹ „Erst langsam bricht sich in der deutschen Öffentlichkeit die Erkenntnis Bahn, daß das Russische Reich keineswegs jenes völklich, politisch und staatlich geeinigte Gebilde ist, als welches es sich die langläufige Meinung bisher vorgestellt hat. [...] Von den Ukrainern weiß man im Deutschen Reich wenig, man kennt nicht ihre Geschichte, nicht die Ausdrucksformen ihrer Kultur, nicht Wünsche und Beschwerden [...].“ – So charakterisiert Hartmeyer im allgemeinen die Sachlage. Er spricht auch über die Auflösung Rußlands in seine einzelnen Bestandteile als Hauptweg zur Schwächung dieses Reiches. Der Kampf der Ukrainer gegen die russische Unterdrückung sollte zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Als Beweis der Existenz einer historischen Staats- und Eigenständigkeitstradition verweist Hartmeyer auf die Geschichte der Kiewer, der Halycz-Wolhynischen und der Kosaken-Periode bis zur Auflösung der „letzten selbstständigen Kosakenrepublik“ der Zaporoger Sič durch Katharina II. Er nennt die Hauptforderungen der ukrainischen Vertreter beider russischen Dumas – Selbstverwaltung und Land, und er erklärt, daß in Rußland der Grund und Boden dem einfachen ukrainischen Volk „vollkommen entfremdet“ sei. Deswegen seien die Ukrainer, die Hartmeyer „ein reines Bauernvolk“ nennt, an ihrer politischen Eigenständigkeit interessiert. „Die Forderung nach Autonomie hat mit dem jetzigen Kriege den Höhepunkt ihrer Bedeutung erreicht, von einer Niederlage Rußlands erhofft die Ukraine ihre Verwirklichung“, – so die Vorstellungen des Verfassers von der politischen Stimmung der Ukrainer in Rußland. Die Einschätzung der politischen Perspektiven der ukrainischen Bewegung durch Hartmeyer ist zurückhaltend insofern, als er die zukünftige Schaffung eines autonomen oder selbstständigen ukrainischen Staates nicht als eine sichere Sache bezeichnet. Der österreichische Publizist erwähnt den Bund zur Befreiung der Ukraine (Standort Wien) als Vertreter der Interessen der russischen Ukrainer. Über die Tätigkeit des Bundes spricht er in diesem Aufsatz nicht viel, die benutzte Argumentation weist aber auf die Publizistik des Bundes als Quelle für die Veröffentlichung von Hans Hartmeyer hin.

19 Hans Hartmeyer: Die Ukraine und die Lösung der ‚ukrainische Frage‘, in: Das neue Deutschland, 27. Februar 1915, Nr. 14/17, S. 141-145.

Das nächste Heft der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ enthielt eine polemische Antwort auf die bereits verkündete Idee der eventuellen Schaffung eines autonomen oder selbstständigen ukrainischen Staates. Der von Professor Alexander Brückner (Universität Berlin) verfaßte Aufsatz „Der ukrainische Staat“ ließ von der Idee eines solchen Staates kein Stein auf dem anderen.²⁰ Dieser Autor, in der Anmerkung der Redaktion als Kenner Rußlands und Polens bezeichnet, bestreitet alle Hauptthesen der Befürworter der ukrainischen Staatsidee. So schreibt er über das Ukrainertum, daß „seine Traditionen von den Unabhängigkeitskämpfen denselben praktischen Wert haben wie ihre Traditionen von Frochkönig oder Schwanenjungfrau, d.h. es sind nur Requisiten seiner Phantasie, und einen Staatstrieb kennen die Ukrainer schon darum nicht, weil sie nie einen Staat gebildet haben, weil ihnen jegliche Idee eines nationalen Staates fremd war und ist.“ Als eine tatsächlich den Interessen Deutschlands gegenüber der russischen Macht entsprechende Lösung stellt Brückner die historisch versäumte polnische Alternative gegenüber: „Im Laufe der Geschichte war ja ein gewaltiger Wall längs der Düna und des Dnjepr errichtet worden, das Polenreich, von westlicher Kultur und Sitte, das auf dem besten Wege war, sich seine kleinrussischen Elemente völlig zu assimilieren.“

Vielsagend in bezug auf diese Diskussion ist die Haltung der Redaktion. In der einleitenden Anmerkung wurde gesagt, daß Professor Brückner „mit sehr interessanter Begründung die Meinung vertritt, der ukrainische Staat sei eine Utopie.“ Als aber der Aufsatz eine eindeutig ablehnende Reaktion hervorrief, was im nächsten Heft in einem mit den Initialen des Redaktors Adolf Grabowski unterschriebenen Artikel „Weiteres zum Ukrainischen Problem“ mitgeteilt wurde, verwandelte sich die Position der Redaktion in eine viel kritischere; die Behauptung Brückners, daß es eine kleinrussische Frage nie gegeben hat und nie geben würde, wurde nun als „übertrieben“ charakterisiert.²¹ Der Redaktor sah es als seine Pflicht an, aus der Sicht deutscher Interessen eine Zusammenfassung von befürwortenden Argumenten hinsichtlich der Notwendigkeit der ukrainischen Freiheitsbestrebungen vorzulegen. Zu diesem Zweck gab er einen kurzen Überblick über die damals neuesten Veröffentlichungen zu diesem Thema: das Buch von D. Donzow „Die ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland“, das Werk von S. Rudnytskyj „Ukraine und die Ukrainer“ (beide im Verlag von Carl Kroll, Berlin erschienen), sowie die Broschüren von E. Ostmann „Rußlands Fremdvölker, seine Stärke und Schwäche“ und „Die Ukraine und der Krieg“ des Bundes zur Befreiung der Ukraine (beide erschienen im J.F. Lehmanns Verlag in München). Diesmal hielt der Redaktor es für seine Pflicht, an der Diskussion mit Brückner selbst teilzunehmen, indem er die Argumentation von Professor Otto Hoetzsch aus seinem 1913 erschienenen

20 Alexander Brückner: Der ukrainische Staat, in: Das neue Deutschland, Nr. 18/19 1915, S. 157-160.

21 Das neue Deutschland, 29. Mai 1915.

Buch „Rußland, eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912“ wiedergibt. (Dieselben Fakten und Argumente wurden auch in dem bereits erwähnten Aufsatz von Dr. Hans Hartmeyer dargelegt.) So versuchte Grabowski, die Behauptung Brückners, daß die „ukrainische Frage“ nur durch den Krieg aufgerollt wurde, mit Materialien der Vorkriegszeit zu dementieren. Die Änderung der Position des Redaktors Grabowski erscheint verständlich, wenn man sie im Kontext der Entwicklung der deutschen Ukraine-Politik, nämlich der Vorbereitungsmaßnahmen zur Sommer-Offensive an der Ostfront sieht.

Vor diesem Hintergrund ist die Welle von Veröffentlichungen zur „ukrainischen Frage“ im März in erster Linie zu beachten. So erschien in der „Kölnischen Zeitung“ vom 19. März 1915 der Aufsatz „Vom östlichen Schauplatz. Die Ukraine und der Krieg gegen Russland“, in dem die Hauptthesen der Arbeit „Die ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Russland“ von D. Donzow dargelegt wurden. Die „Vossische Zeitung“ (Berlin) widmete auch am 19. März 1915 derselben Arbeit Donzows einen Artikel von Dr. Karl Kroll unter dem Titel „Das ukrainische Problem“. Die aktuellen kirchlichen Fragen behandelte „Die Zeit“ am 25. März 1915 in der Veröffentlichung „Die Ukrainer Galiziens“. Von den ukrainischen Politikern und Publizisten, deren Arbeiten in der deutschen Presse beleuchtet wurden, gebührt auch dem österreichischen Reichsratsabgeordneten und künftigen Vorstandsmitglied des Vereins „Freie Ukraine“, Dr. Eugen Lewicky, ein herausgehobener Platz. So berichtete am 26. März 1915 die Zeitung „Deutscher Kurier“ in dem mit „H.Sch.“ unterschriebenen Aufsatz „Die ukrainische Frage“ über die Arbeit von E. Lewicky, die als das 33. Heft der von Ernst Jäcksch herausgegebenen Flugschriftenreihe „Der deutsche Krieg“ erschien.

Unter dem Gesichtspunkt dieser Forschungsarbeit ist der mit „H.Sch.“ unterschriebene Aufsatz im „Deutschen Kurier“ besonders interessant. In der deutschen Publizistik und in den Quellen der Kriegszeit sowie in der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Problemkreis taucht kein anderer Name auf, der zu diesen Initialen paßt, außer der Name von Heinrich Schupp.²² Die spätere enge Zusammenarbeit von Dr. Heinrich (Falk) Schupp mit Eugen Lewicky im Rahmen der Tätigkeit des Vereins „Freie Ukraine“ gibt zumindest Anlaß zu der Vermutung, daß Dr. Schupp Verfasser des Artikels im „Deutschen Kurier“ war. Auch das Datum dieser Veröffentlichung – nach der Abberufung des Dr. Schupp aus Bulgarien Ende 1914 und wenige Monate vor seiner nachgewiesenen Beteiligung an der Organisation einer „ukrainischen Zeitschrift“ in München im Herbst 1915 – schließt diese Vermutung nicht aus.

22 Zum Namen und Gelehrtenamen von Dr. Schupp wird in den Kapiteln „München, zweite Hälfte 1915 – Der Kampf um die erste deutsche „ukrainische Zeitschrift“ und „Die Spezialmissionen des Münchener Zahnarztes Dr. Heinrich Schupp – von der Balkan-Politik zur „ukrainischen Aktion“ Stellung genommen.

Der Inhalt dieses ziemlich großen Aufsatzes belegt, daß sein Verfasser die Möglichkeit nutzte, sich mit den Hauptthesen der national-ukrainischen Bestrebungen bekanntzumachen und sie den Kriegszielen Deutschlands anzupassen.

Dieser Aufsatz enthält die ausführliche Darstellung der wichtigsten Etappen der ukrainischen Geschichte vom Mittelalter über die Ära des Kosakentums und der nationalen Aufklärung bis zu den politischen Verhältnissen zur Zeit des Kriegsausbruches. Als Quelle zu diesem publizistischen Überblick über das historische Schicksal des ukrainischen Volkes unter dem Zeichen unaufhörlicher russisch-ukrainischer Feindseligkeiten, benutzte der Verfasser den Inhalt der Arbeit des Wiener Reichsratsabgeordneten Dr. Eugen Lewicky. Dieses publizistische Manifest der ukrainischen Nationalbewegung Ostgaliziens machte der Verfasser des Aufsatzes im „Deutschen Kurier“ zum Ausgangspunkt für seine Begründung der deutschen Kriegsziele im Verhältnis zur Ukraine: „Die Befreiung der Ukraine und die Zurückdrängung Rußlands vom Schwarzen Meere scheint uns auch für Deutschland die einzig vernünftige, wenn auch radikale Lösung der osteuropäischen Frage zu sein.“

Überwiegend die Abhandlungen des BBU füllten in der ersten Hälfte 1915 die Nische, die 1916-1917 schon meistens von Arbeiten deutscher Publizisten eingenommen wurde. Auf die große Bedeutung des Einflusses der Veröffentlichungen des BBU Anfang 1915 weist das folgende Archivadokument.²³

„J.F. Lehmann's Verlag.

München, den 19. März 1915.

An das Pressereferat des K. b. Kriegsministeriums München

Beifolgend sende ich Ihnen einen Korrekturabzug der Schrift „Die Ukraine und der Krieg“. Eine kleine Auflage wird als Handschrift gedruckt und an ausgewählte Adressen versendet. Sie ersuche ich um Genehmigung der Herausgabe in Buchform. Sollte gewünscht werden, daß die eine oder andere Seite geändert wird, so wird diesen Wünschen gerne Rechnung getragen.

Nebenbei bemerke ich, daß ich diese Schrift über die Ukraine wie die Schrift über Russland außer an Diplomatenkreise zumal an Kreise der Sozialdemokratie versenden werde, um diese Kreise, die ohnehin gegen Russland eingenommen sind, für diese Gedanken zu gewinnen. Ich hoffe, daß dadurch die Politik der Regierung unterstützt wird, denn wenn die Sozialdemokratie für die Befreiung der unterjochten russischen Fremdvölker eintritt, werden wohl auch die Bestrebungen der Regierung unterstützt, die, wenn das Waffenglück uns hold bleibt, auch ähnliche Ziele erstreben dürfte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J.F. Lehmann“

23 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abteilung IV (Kriegsarchiv). MKr 13974. Schreiben des Verleger J. F. Lehmann an das Pressereferat des K.B. Kriegsministeriums vom 19. März 1915.

Verleger Lehmanns Schreiben belegt, daß die publizistischen Arbeiten zu jener Zeit zuerst nicht für die breiten Kreise der Öffentlichkeit, sondern für ausgewählte Leser, darunter in erster Reihe für deutsche Politiker, bestimmt waren. Der Ton dieses Briefes zeigt, daß der Inhalt dieser Publizistik zu jeder Zeit geändert werden könnte, was auf das tatsächliche Verhältnis der ukrainischen Politiker zu ihren deutschen Paten schließen läßt. Aber in jedem Fall kann man feststellen, daß der Entwicklung der deutschfreundlichen ukrainischen Publizistik und Propaganda große Bedeutung geschenkt wurde. Der Münchener Verleger J.F. Lehmann nahm an diesem Prozeß mit so viel Erfolg teil, daß ihm, als die Zeit kam, auch die Herausgabe einer „ukrainischen Zeitschrift“ anvertraut wurde.

Der März-Welle von Veröffentlichungen zur ukrainischen Frage folgte im April die Entscheidung über die Bildung von speziellen ukrainischen Gefangenenlagern; das erste wurde in Rastatt im Mai eröffnet.²⁴

Das Ziel der Arbeit mit den ukrainischen Kriegsgefangenen stimmt logisch mit der strategischen Aufgabe Deutschlands im Jahre 1915, nämlich Rußland aus dem Kriege auszuschalten, überein. Als Mittel zur Erreichung dieser politischen Aufgabe sollte Rußland zuerst durch die geplante Sommeroffensive an der Ostfront zum Separatfrieden gezwungen und danach durch die Entfesselung von separatistischen Bewegungen auf möglichst große Dauer geschwächt werden. Zu diesem Zwecke sollten ukrainische Kriegsgefangene, die nach dem vorgesehenen Separatfrieden nach Hause zurückkehren sollten, nach ihrer Heimkehr die innenpolitische Entwicklung in der russischen Ukraine möglichst stark im deutschfreundlichen Sinne beeinflussen. Um diesen Aufgaben gewachsen zu sein, sollten sie in den Speziallagern so indoktriniert werden, daß sie ihr Loyalitätsgefühl Rußland gegenüber verlören, einen national-ukrainischen Patriotismus entwickelten und der Idee der Schaffung eines unabhängigen ukrainischen Staates anhängen.

Als logische Fortsetzung der deutschen Vorbereitungsmaßnahmen zur Sommeroffensive erscheint auch die Überführung des Hauptquartiers des Bundes zur Befreiung der Ukraine von Wien nach Berlin im Mai. Das neugebildete Zentralbüro des BBU leitete Aleksander Skoropys-Joltuchowski, sieben Monate später schon Redaktionsmitglied der „Osteuropäischen Zukunft“, der schon bestimmte Vorkriegserfahrungen des Lebens in Deutschland besaß, da er 1911-1913 in der Bayerische Akademie der Künste Malerei studiert hatte.²⁵

Zu den erwarteten Ergebnissen der Sommeroffensive gehörte auch der immer angestrebte Zutritt zu den reichen Naturschätzen im Osten. Der wirtschaftliche Aspekt des geplanten deutschen Vormarsches in die Ukraine wurde zum Bestandteil der ukrainischen Publizistik,

24 REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 261.

25 Staatsarchiv München, Pol. Dir. München 527: „Ukrainischer Bildungsverein“.

was z.B. die Tätigkeit von E. Lewicky illustriert. So sprach er am 7. Mai 1915 in München, daß sich in der Ukraine „das deutsche Kapital besonders erfolgreich betätigen“ würde.²⁶ Auch die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte am 26. Mai 1915 einen großen Aufsatz von Lewicky „Die Ukraine und der Krieg“.

Es ist kaum ein Zufall, daß ausgerechnet vor der entscheidenden Sommeroffensive auch „Das neue Deutschland“ eine unvergleichbar intensive publizistische Aktivität an den Tag legte, indem es am 29. Mai drei Aufsätze zum ukrainischen Problem veröffentlichte.²⁷ Wie man aus dem Einleitungsaufsatz der Redaktion sehen kann, sollte dies den negativen Effekt der antiukrainischen Abhandlung von A. Brückner ausgleichen.

Die Redaktion veröffentlichte zuerst einen die ukrainische und die polnische Seite versöhnenden Aufsatz eines unter dem Pseudonym Mantis auftretenden „alten Mitarbeiter, vorzüglichen deutschen Kenner des Ostens“. Dieser Publikation folgte ein scharf polemischer Artikel des Leiters des Ukrainischen Pressebureaus in Berlin Dmytro Donzow.

Die Abhandlung von Mantis trug einen eindeutig klaren Titel „Der ukrainische Staat, eine Notwendigkeit“. Mantis bestritt die Behauptungen von Professor Brückner hinsichtlich der national-politischen Apathie der Ukrainer und deren Loyalität zu Rußland: „Es wird keinen Ukrainer geben, der zum zweiten Male sich vertragsmäßig mit dem Zarenreiche vereinigt.“

Der Verfasser des Aufsatzes betont, daß die nationalen Interesse der Ukrainer und der Polen übereinstimmen: „Es ist mir unverständlich, weshalb die Polen nicht offen erklären, die Bildung eines ukrainischen Staates sei ihnen willkommen; mit den Ukrainern möchten sie Europa gegen den tatarisch-moskowitzischen Osten dauernd schützen“.

Der Hauptgedanke dieses Aufsatzes besteht darin, daß Deutschland alle antirussischen Kräfte stärken und bündeln sollte. Wenn man als Belohnung für die Beteiligung der Ukrainer im Kriege auf deutscher Seite deren Staatsidee anerkennen wolle, so müsse dies seitens Deutschland klar verkündet werden.

Die publizistische Reaktion des Leiters des Ukrainischen Pressebureaus in Deutschland Dmytro Donzov auf das antiukrainische Manifest Brückners konzentrierte sich auf die historische Argumentation des Berliner Professors. In seinem Artikel „Der ukrainische Staat, eine politische Utopie?“ betonte Donzow, die ukrainischen Aufstände gegen die polnische Herrschaft „zeigten bei den Ukrainern das Vorhandensein des Materials, aus dem man – in allen Zeiten – die Staaten baut.“

Mit diesen Veröffentlichungen wurde aber die Erörterung des ukrainischen Themas auf den Seiten der Halbmonatsschrift „Das neue Deutschland“ im Prinzip bis 1917 eingestellt.

26 LEWICKY Ukraine, Ukrainer und die Interessen Deutschlands, S. 53, zitiert nach: REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 295.

27 Vgl. Das neue Deutschland, 29. Mai 1915.

3 Die Anfänge der deutschen Publizistik zur „ukrainischen Frage“

Wenn man die Buchpublikationen deutscher Autoren zur „ukrainischen Frage“ vor 1916 betrachtet, so findet man ganz wenige Arbeiten, die speziell der Ukraine gewidmet waren. Die Zusammenstellung von Arbeiten zu diesem Problemkreis zeigt, daß 1915 folgende Flugschriften erschienen:

- Otto Keßler; Die Ukraine. Beiträge zur Geschichte, Kultur und Wissenschaft;
- Georg Kleinow: Das Problem der Ukraine;²⁸
- Dr. Karl Nötzel: Die Unabhängigkeit der Ukraine als einzige Rettung von der russischen Gefahr;²⁹
- Dr. Rudolf Stübe: Die Ukraine und ihre Beziehungen zum osmanischen Reiche.³⁰

Man entnimmt dieser Liste, daß im Laufe des Jahres 1915 eigentlich nur drei Arbeiten erschienen. (Die Broschüre von Kleinow wurde zum ersten Mal noch 1914 als die einzige spezielle Veröffentlichung zu diesem Thema herausgegeben.) So kann man in bezug auf das Jahr 1915 tatsächlich vom Anfang der deutschen ukrainistischen Publizistik sprechen. In diesem Zusammenhang erscheint die Anzahl von nicht weniger als zehn in Deutschland 1915 herausgegebenen Flugschriften des BBU mehr als vielsagend.

Wichtig ist auch zu bemerken, daß die Arbeiten von Georg Kleinow, Otto Keßler und Rudolf Stübe zwischen Mai und Dezember 1915 erschienen und deswegen eher im Kontext der propagandistischen Vorbereitung der Sommeroffensive und des weiteren Vormarsches im Südosten zu betrachten sind. Darauf weisen auch die Hauptthesen der genannten Abhandlungen. So schrieb Stübe, daß nur die Schaffung eines selbständigen ukrainischen Staates die Türkei im deutschen Einflußbereich dauerhaft halten und Rußland den Weg zur Eroberung Konstantinopels abschneiden würde; die Ukrainer warteten auf den Sieg Deutschlands, der ihnen die Freiheit bringe. Nötzel betonte, daß nur die nationale Selbstständigkeit des ukrainischen Volkes Deutschland und Österreich-Ungarn vor der Moskauer Gefahr schützen könne. Ähnliche Gesichtspunkte vertraten auch die Arbeiten von Keßler und Kleinow.

Das ukrainische Problem wurde nebenbei in den Büchern der deutschen Publizisten Paul Rohrbach, Franz Köhler und Karl Leutner und in den Broschüren von Eckerhardt Ostmann und Wilhelm Kisky behandelt.

28 Vgl. REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 290. Vgl. auch DOROSCHENKO Die Ukraine und das Reich, S. 188.

29 Vgl. DOROSCHENKO Die Ukraine und das Reich, S. 187-188.

30 Vgl. DOROSCHENKO Die Ukraine und das Reich, S. 188.

Paul Rohrbach schrieb Ende 1914 in seinem Werk „Der Krieg und die deutsche Politik“:

„Moskau verliert die im 18. Jahrhundert eroberten polnischen, litauischen und baltischen Provinzen; die Wiederherstellung der historischen Grenze zwischen der Ukraine und Moskowien, die Wiedererrichtung des ukrainischen Staates befreien Europa von der russischen Gefahr.“³¹

Eckehardt Ostmann sprach seine Unterstützung der Idee, eine vereinte Ukraine aus den ukrainischen Territorien Rußlands und Österreich-Ungarns zu schaffen, in der vor Sommer 1915 erschienenen Broschüre „Rußlands Fremdvölker, seine Stärke und Schwäche“ aus.³²

In der Arbeit „Der neue Dreibund. Ein deutsches Arbeitsprogramm für das gesamte deutsche Volk und seine Freunde“ von Franz Köhler wurde folgende Meinung vertreten: Eine von Moskau unabhängige selbständige Ukraine bewirkt die endgültige Sicherung vor der russischen Gefahr; die Sprachgrenze zwischen Ukrainisch und Russisch, der Donecfluß, sei gleichzeitig die Grenze zwischen Westen und Osten.³³

Karl Leutner betonte in seinem Buch „Russischer Volksimperialismus“, daß der ukrainische Nationalismus und Separatismus der ärgste Feind des russischen Nationalismus und Imperialismus sei. Ob sich das große ukrainische Volk als besondere Nation behaupten können werde, sei für Rußland die Lebensfrage.³⁴

Auch Wilhelm Kisky schrieb 1915 über die für einen Sieg über Rußland notwendige Abtrennung der Fremdvölker von Rußland, von denen das größte das Volk der Ukrainer sei.³⁵

Hinsichtlich des Niveaus ihrer politischen Vorstellungen, gingen die Arbeiten deutscher Publizisten vor 1916 nicht viel über die Verkündung der allgemeinen Kriegsziele Deutschlands in bezug auf die Ukraine und die Anerkennung des Rechtes der russischen Ukrainer auf einen selbständigen oder autonomen Staat hinaus. Von Aussagen über konkrete Schritte zur Erreichung dieser Ziele war in diesen Arbeiten viel weniger zu sehen.

Die maßgebenden politischen Kreise Deutschlands bedienten sich damals in erster Linie mit der Publizistik des Bundes zur Befreiung der Ukraine, die ganz deutlich formulierte Vorstellungen und Aufgaben vertrat und die Ukrainer als einen entschlossenen Kriegspartner darstellte. Dieser Umstand war im Vorabend der Sommeroffensive von offenkundiger Bedeutung.

31 ROHRBACH Der Krieg und die deutsche Politik, S. 184.

32 Ostmann Eckehardt: Rußlands Fremdvölker, seine Stärke und Schwäche. München 1915.

33 Köhler Franz: Der neue Dreibund. Ein deutsches Arbeitsprogramm für das gesamte deutsche Volk und seine Freunde. München 1915.

34 Leutner Karl: Russischer Volksimperialismus. Berlin 1915.

35 Vgl. REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 292.

4 Politische Strategie und propagandistische Aktionen Deutschlands in bezug auf die Ukraine im Sommer 1915

Für die deutsche Staatsführung war auch die Sicherung internationaler Unterstützung für die ukrainischen Selbstständigkeitsbestrebungen von besonderer Bedeutung, wobei das deutsche Interesse an der ukrainischen Separatistenbewegung verborgen bleiben sollte.³⁶ Langfristig sollte die erstrebte internationale Unterstützung des ukrainischen Separatismus die völkerrechtliche Anerkennung des eventuell zu schaffenden ukrainischen Staatswesens auf dem Territorium der damaligen russischen Ukraine erleichtern.

Diesen Zielen sollte die propagandistische Arbeit im Ausland dienen. So begann Anfang Sommer 1915 Wolodymyr Stepankiwskyj mit finanzieller Unterstützung des deutschen Auswärtigen Amtes in der Schweiz mit den Vorbereitungsarbeiten zur Herausgabe der Zeitschrift „L'Ukraine“, welche ab August in Lausanne erschien.³⁷ Durch die Redaktion sollten auch „Nachrichten in der französischen Presse lanciert werden, zumal persönliche Verbindungen zu verschiedenen Persönlichkeiten in der Pressezensur in Paris“ bestanden.³⁸

Die Entwicklung der Ereignisse im Sommer 1915 verlief zu Gunsten der strategischen Pläne Deutschlands. Die erfolgreiche Offensive der Mittelmächte an der Ostfront führte zur Okkupation von Teilen der russischen Ukraine: Bis zum 1. August wurde das Cholmer Land, bis 8. August das Gouvernement Wolhynien erobert.

Die militärischen Erfolge im Südosten führten zur Erweiterung der propagandistischen Unternehmen im Ausland. Derselbe Wolodymyr Stepankiwskyj beabsichtigte im August mit finanzieller Förderung des Auswärtigen Amtes „die Herausgabe einer ukrainischen Zeitung in englisch“ und zusammen mit dem Pariser Korrespondenten der englischen Zeitung „Daily Mail“, Lees, eine „größere Broschüre über die Ukraina in London“.³⁹

Die Erfolge der Mittelmächte an der Südostfront im Juli-August warfen auch neue politische Probleme auf, nämlich die Frage nach den optimalen Formen der militärisch-politischen Kontrolle über die eroberten und zu erobernden Teile der russischen Ukraine.

36 „Das allgemeine Interesse für die Fragen der Ukraina muss als gutes Mittel angesehen werden, um die informatorische Tätigkeit zu verdecken. Das ukrainische Interesse muß allein maßgebend sein, und Herrn Stepankiwski muß angehalten werden, seinen germanophilen Standpunkt keinesfalls in Erscheinung treten zu lassen. Er darf sich nur auf der treibenden Scholle der ukrainischen Interessen bewegen. Von dem neutralen Boden als Ukrainer findet er Eingang in London, Paris und Rom, ebenso wie in Berlin-Wien.“ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20955. Bericht über die ukrainische Arbeit in der Schweiz. 12.-20. August 1915, S. 98-99.

37 Vgl. BOROWSKY Deutsche Ukrainepolitik 1918, S. 37.

38 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20955. Bericht über die ukrainische Arbeit in der Schweiz. 12.-20. August 1915.

39 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20955. Bericht über die ukrainische Arbeit in der Schweiz. 12.-20. August 1915, S. 99.

Welche Maßnahmen zu diesem Zwecke in Berlin erörtert wurden, bezeichnet ein für das Auswärtige Amt vorbereiteter zusammenfassender Bericht:⁴⁰

„Nachdem nun die militärischen Operationen die ukrainischen Grenzen z.T. bereits überschritten haben, und nachdem ferner die maßlosen Ansprüche der befreiten Polen die Interessen der Ukraine bedrohen, entstand der Wunsch, ein Ukrainisches National Comitee geheim zu bilden. [...] Das Ukrainische National Comitee hat verschiedene Aufgaben:

Dasselbe wird in der Lage sein, aus den verschiedenen Gruppen nennenswerte Summen für die nationalen Ausgaben aufzubringen.

Es ist wichtig, daß von dieser maßgebenden Stelle aus der Deutschen Regierung gegenüber der Wunsch offiziell ausgesprochen wird, daß die Deutsche Regierung im Falle eines Friedensschlusses dafür Sorge tragen möge, daß die dem ukrainischen Volke durch die Russische Regierung eingeräumten Rechte und Zusicherungen erfüllt werden. Sollte die Ukraina oder ein Teil derselben durch die verbündeten Armeen frei werden, so würde das Ukrainische National Comitee den Regierungen bei den zu treffenden Maßnahmen beratend zur Seite stehen können. Zur Begründung dieser Bitte muss der Vertrag von Perejaslav (1654) schon jetzt veröffentlicht werden. Dieser Staatsvertrag sichert der Ukraina eine autonome Stellung zu unter Lehnherrschaft des Zaren, freie Entwicklung des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, Freiheit der Sprache etc. Der mit freien Stimmen in der Generalversammlung zu wählende Hetman hat sogar das Recht, eine selbständige auswärtige Politik zu führen, Gesandte zu ernennen etc.

Eine wichtige Aufgabe des Ukrainischen National Comitees liegt in der Verteidigung seiner Interessen gegenüber den Wünschen der Polen.

Das geheime Ukrainische National Comitee wird endlich die weiter unter 2.-6. genannte Aufgabe unterstützen und mitbearbeiten. [Diese Punkte sind am Anfang dieses Dokuments angegeben: 2. Ukrainische Propaganda in Frankreich; 3. Ukrainische Propaganda in England; 4. Ukrainische Propaganda in katholischen Kreisen; 5. Vorarbeiten für einen Congress der verschiedenen von Russland unterdrückten Völkerschaften; 6. Beiträge zur Polenfrage; – d. Autor] Dasselbe wird einen sicheren Rückhalt und Garantie bieten für das in Lausanne bestehende Nachrichtenbüro.“

Im Kontext der breit angelegten propagandistischen Aktionen erscheint auch die Organisation der Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ folgerichtig. Den direkten Zusammenhang zwischen dem militärischen Vordringen in der Ukraine und der dadurch bedingten Notwendigkeit breiterer spezialisierter propagandistischer Maßnahmen bestätigt auch Redaktor Oskar Geller: „Als durch das siegreiche Vorgehen unserer verbündeten, heldenhaften Armeen in Rußland die Ukrainafrage akut zu werden begann“, wurde Ende August die Schaffung einer „ukrainischen Zeitschrift“ gestartet.⁴¹

40 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20955. Bericht über die ukrainische Arbeit in der Schweiz. 12.-20. August 1915, S. 99.

41 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20957. Schreiben des Redaktoren Oskar Geller, Januar 1916.

Die Ende August-Anfang September durchgeführte neue Offensive in Wolhynien führte zur Inbesitznahme der Städte Luzk und Dubno und schuf weitere günstige Voraussetzungen für die propagandistische Arbeit bezüglich der Ukraine.

5 München, zweite Hälfte 1915 – der Kampf um die erste deutsche „ukrainische Zeitschrift“

Die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes Bonn belegen, daß auch die Schaffung einer primär den ukrainischen Angelegenheiten gewidmeten Zeitschrift (der „Osteuropäischen Zukunft“) ihre eigene Vorgeschichte hatte, und der Name von Falk Schupp taucht dort schon in bezug auf den Sommer 1915 auf⁴²:

„Redakteur Oskar L. Geller

München den 3. September 1915.

Korrespondent des

„Neues Wiener Tagblatt“.

[Schreiben an Reichstagsabgeordneten Erzberger; – d. Autor]

Hochverehrter Herr Erzberger

[...]

Es handelt sich nun um Folgendes: Vor einiger Zeit traten einige Freunde an mich heran, ob ich evtl. die Redaktion einer Ukrainer-Zeitschrift in München übernehmen würde. Es liegt im Interesse der Regierung, jetzt eine solche zu schaffen und überhaupt etwas für die Ukraina zu unternehmen. Daß die Ukraina, die ich genau kenne (ich bin österreichischer Ukrainer), es unbedingt verdient, von uns ganz besonders beachtet zu werden, liegt auf der Hand. Wir haben hier für uns weit mehr zu erwarten als etwa von einem „Königreich Polen“, denn es ist ja nur zu bekannt, daß die Polen, was die führenden Kreise betrifft, durch und durch russophil sind. [...] Tatsächlich sollen auch schon rheinische Industrielle sich bereit erklärt haben, ein solches Blatt, das als Wochenschrift gedacht ist, materiell zu unterstützen, so daß es ein Leichtes sein dürfte, das nötige Kapital aufzubringen, die Zeitschrift zu sichern.

Als ich nun mit den eigentlichen „Machern“ zusammenkam, da wurde mir denn doch etwas schwül zu Mute, denn an der Spitze der ganzen Geschichte standen extreme Alldeutsche, die für ihre Zwecke Exzellenz Gebetsattel gewonnen hatten, seinen Namen herzugeben. Und ich hörte dann weiter, daß Sie selbst, verehrtester Herr Erzberger, ebenfalls daran arbeiten, ein Ukrainerblatt zu machen.

Letztere Erwägung war für mich maßgebend! Ich kann und mag nicht mit Leuten zusammengehen, die in erster Linie sich gegen das Centrum wenden, ich kann mich unmöglich mit

42 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20957. Schreiben von Oskar Geller an Reichstagsabgeordneten Erzberger vom 3. September 1915.

Alldeutschen zusammentun und etwas für die Ukraina tun, wenn es sich dann am Ende gegen die Regierung wendet.

Soweit mir bekannt ist, bereist jetzt Dr. Hopfen den Rhein und will demnächst auch nach Berlin kommen, um nun für das Unternehmen Stimmung zu machen und gewisse industrielle Kreise dafür zu interessieren.

Ich persönlich, der ich die Ukraina kenne, der ich selbst Ukrainer bin, die Sprache beherrsche und mein Herzblut dafür hergeben würde, sie aus der russischen Knechtschaft zu befreien. [...] Wenn es wirklich ist, daß Sie im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt am Werke sind, eine derartige Zeitschrift zu machen, so stelle ich mich Ihnen völlig zur Verfügung. ...

Oskar Geller“

Dieses Schreiben beweist, daß das Thema einer eventuellen Schaffung eines „Ukrainerblattes“ oder einer solchen Zeitschrift in München in unterschiedlichen politischen Kreisen aktiv erörtert wurde. Redaktor Geller erwähnt zwei politische Parteien, die an der Gründung einer „ukrainischen“ Zeitschrift Interesse gezeigt hatten. Die erste, vom Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger geleitete deutsche Zentrumspartei, repräsentierte vorerst die Interessen der höheren Beamtenschaft, der großagrarisichen Kräfte und des Klerus überwiegend aus katholischen Bevölkerungsgebieten und genoß deswegen einen besonderen Einfluß in Bayern⁴³. Das Machtzentrum des Alldeutschen Vereins befand sich in Berlin. Beide politischen Kräfte vertraten expansive Kriegszielkonzeptionen und strebten Einfluß auf die Verwirklichung zur Diskussion stehenden deutschen Kriegsziele an. Matthias Erzberger organisierte das „Nachrichtenbüro des Reichsmarineamtes“ und die „Zentralstelle für Auslandsdienst“ des Auswärtigen Amtes in Berlin.⁴⁴ Der Alldeutsche Verein trat schon kurz nach dem Kriegsausbruch für die Schaffung einer selbständigen Ukraine ein.⁴⁵

Die Vermutung von Geller, daß hinter der Schaffung der „ukrainischen Zeitschrift“ das Auswärtige Amt stand, erfährt eine indirekte Bestätigung durch die Tatsache der gleichzeitigen maßgebenden Unterstützung der Zeitschrift „L'Ukraine“ seitens des deutschen Außenamtes. Daß die Schaffung einer ukrainischen Zeitschrift von Matthias Erzberger ganz ernst genommen wurde, beweisen folgende Dokumente⁴⁶:

43 Vgl. Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, S. 134-135.

44 Vgl. Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 8, S. 173.

45 Alldeutsche Blätter vom 1. November 1914, zitiert nach: Zur Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus. Protokoll einer Arbeitstagung am 23.9.1967 in Berlin. Jena 1969, S. 53.

46 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20957.

„Seine Hochwohlgeboren
Herrn Baron von Bergen
Berlin

Berlin, den 1. November 1915.

Sehr geehrter Herr Baron!

In der Anlage überreiche ich Ihnen die Zuschrift der Verlagsbuchhandlung Müller betreffend das Erscheinen der ukrainischen Zeitschrift. Die Herren verstehen das Geldfordern ausgezeichnet.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung

Erzberger, Mitglied des Reichstages.“

Anlage:

„Berlin-Wilmersdorf den 30. Oktober 1915.

Georg Müller Verlag, München und Berlin.

Sehr geehrter Herr,

Ich erlaube mir, Ihnen nochmals die Berechnung für die Propaganda-Zeitschrift nach unserer mündlichen Überredung wie folgend zu unterbreiten [...].

Als Auflagehöhe wäre hierbei allerdings die Zahl von 5000 Exemplaren vorgesehen. [...]

Ergebenst Kaufmann“

Erzberger bereitete die Herausgabe der entsprechenden Zeitschrift also ziemlich sorgfältig vor. Aus den vorhandenen Archivadokumenten ist nicht zu sehen, ob dabei auch Redaktor Geller beteiligt wurde. In der Tat blieben aber die Bestrebungen dieser Personen ergebnislos. Der aufs tiefste beleidigte Redaktor wandte sich mit einer Beschwerde an die höchste Instanz des Reiches. Der Brief landete im Archiv des Auswärtigen Amtes. Er wirft etwas mehr Licht auf die Umstände der Auseinandersetzung um die neue Zeitschrift (und höchstwahrscheinlich um die dazu gehörende Finanzierung)⁴⁷:

„Redakteur Oskar L. Geller
Korrespondent des
„Neues Wiener Tagblatt“

Januar 1916. München.

[...] Als durch das siegreiche Vorgehen unserer verbündeten, heldenhaften Armeen in Russland für uns Ukrainer die Ukrainafrage akut zu werden begann und wir daran denken durften, diese Frage im Sinne der verbündeten Mächte zu lösen, wandte ich mich an Dr. Heinrich Schupp (auch Dr. Falk Schupp genannt) in München, da ich wußte, daß er seit jeher ein besonderes Interesse

47 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20957.

für die slawischen Völkerstämme habe. Dr. Schupp griff meine Idee, eine Ukraina-Aktion in Deutschland ins Leben zu rufen, mit beiden Händen auf und führte mich mit dem Münchner Verleger J.F. Lehmann zusammen, wo ich später auch mit General von Gebattel und Dr. Hopfen zusammenkam. In der Unterhaltung mit diesen Herren erkannte ich bald zu meinem Entsetzen, ich sei da in das Lager der Alldeutschen hineingeraten, die mit ihren politischen Zielen, ihren unerhörten Annexionsgelüsten, den Umsiedlungsprojekten und nicht zuletzt mit ihrer Stellung der Regierung gegenüber wie mit der scharfen Bekämpfung all dessen, was sich katholisch nennt, meinen politischen Ueberzeugungen diametral entgegenstehen. Ich sagte mich diesen Herren los und wandte mich an Herrn Reichstagsabgeordneten Erzberger, in dem ich einen berufenen Führer jener Partei verehere, der ich am allernächsten stehe.

Dank der Güte und freundlichen Verwendung Herrn Erzbergers konnte ich nach Berlin reisen [...].

Während ich nun auf die Erledigung meiner ergebenen Vorschläge noch warte, haben inzwischen die Alldeutschen ihre Aktion in Scene gesetzt und sind daran, unabsehbares Unheil anzustiften, wobei es sich für den Verleger J.F. Lehmann hauptsächlich darum handeln dürfte, durch die Herausgabe der Zeitschrift, ein Geschäft zu machen.

Vor allem haben, entgegen den ausdrücklichen Wünschen der Regierung, die Alldeutschen mit Herrn von Gebattel an der Spitze ein Komitee gegründet, das freilich nur aus den Herren von Gebattel, J.F. Lehmann und Dr. Falk Schupp besteht. Schon diese drei Namen sagen mehr als genug. Augenblicklich sind diese Herren dabei, ein „amtliches Organ der ukrainischen Freiheitsbestrebungen ‚Freie Ukraine‘“ (die Herren kennen die Ukraina so wenig und so schlecht, daß sie immer von einer Ukraine sprechen) herauszugeben. Die Bezeichnung „Amtliches Organ“ wird unbedingt zu argen und schweren Missdeutungen führen müssen und überall Bedenken erregen. [...]

Bemerken möchte ich noch, daß Seine Majestät König Ludwig von Bayern offensichtlich das größte, persönliche Interesse für die Ukraine bekundet hat, und daß ich auch Gelegenheit hatte mit massgebenden Herren des Hofes über diese Frage zu sprechen und dabei ebenso viel Interesse für die Sache wie ausgesprochene Abneigung gegen die Alldeutschen fand.

Genehmigen Ew. Exzellenz den Ausdruck
Meiner tiefsten Ergebenheit, mit der ich bin
Ew. Exzellenz gehorsamster Diener

Oskar Geller“

Der Autor dieses Briefes erscheint in seiner Darstellung nicht ausreichend objektiv, aber er bestätigt, daß anlässlich der Schaffung einer den ukrainischen Angelegenheiten gewidmeten Zeitschrift ein Interessenkampf ausbrach, wo auf der einen Seite die „pro-berlinische“ und auf der anderen die „pro-bayerische“ politische Kraft auftrat. Auf der bayerischen Seite soll auch der König von Bayern ein Interesse für die „ukrainische Frage“ gezeigt haben.

Trotzdem erwies sich der reale Einfluß der „pro-berlinischen“ Seite als der stärkere. Man sollte aber nicht unbeachtet lassen, daß auch die politischen Unterschiede beider an der Herausgabe einer „ukrainischen“ Zeitschrift interessierten Parteien in dieser Situation eine wichtige Rolle spielten: Die Konservativen (Verleger Lehmann und General Gebstattel) hatten zu jener Zeit anscheinend mehr Einfluß als Erzberger, der den „halblinken“, demokratischen Flügel des Zentrums vertrat.

Die persönlichen Erfahrungen Erzbergers in den Fragen deutscher Ukraine-Politik standen den Kenntnissen der Alldeutschen nach. So verteidigte er kurz nach dem Kriegsausbruch die sogenannte „austro-ukrainische“ Lösung, der zufolge die gesamte Ukraine zum Bestandteil Österreich-Ungarns werden sollte.⁴⁸ All diese Umstände dürften im Kampf um die zu schaffende Zeitschrift auch eine Rolle gespielt haben.

Wichtig ist auch, daß die Idee einer „ukrainischen Zeitschrift“ anscheinend viel früher zu einer öffentlichen Angelegenheit wurde als die Gründung eines entsprechenden Verbandes. (Ende Sommer 1915 entfaltete sich die Diskussion über die Zeitschrift, im Dezember wurde die Gesellschaft „Freie Ukraine“ gegründet, und erst im Januar 1916 erschien die erste Nummer der Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“.) Laut der bisherigen Geschichtsschreibung wäre die Herausgabe der Zeitschrift jedoch das Ergebnis der Tätigkeit des Vereins „Freie Ukraine“. Die angegebenen Archivadokumente belegen, daß maßgebende politische, militärische und wirtschaftliche Kreise Anfang der zweiten Hälfte 1915 vor allem an dem Aufrollen der „ukrainischen Frage“ interessiert waren und für diesen Zweck ein spezielles Presseorgan brauchten.

Der Name des Redaktors Oskar Geller, der ein so starkes Interesse für die ukrainischen Angelegenheiten zeigte und sich sogar „Ukrainer“ nannte (obwohl sein Name weder ukrainisch, noch überhaupt slawisch klingt), taucht in den Archivakten sowie in der Literatur und in den Quellen zu den deutsch-ukrainischen Wechselbeziehungen nachher wie vorher nicht mehr auf.

6 Deutsche Eliten und die Gründung des Verbandes „Freie Ukraine“

Obwohl die Diskussionen, Vorbesprechungen und auch einige Vorbereitungen zur Gründung einer Ukraine-Zeitschrift in München verliefen, fand der entscheidende Schritt zu diesem Ziel in Berlin statt⁴⁹:

48 Vgl. REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 177. Der ADV hielt außerdem auch die Schaffung eines selbständigen ukrainischen Staates für möglich.

49 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20957. Schreiben des Generalsekretärs der „Freien Ukraine“ Dr. Schupp an das Auswärtige Amt vom 9. Dezember 1915.

„Freie Ukraine“

Berlin den 9. Dezember 1915

Verband deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen, Sitz München.

Geschäftsstellen München

Hohes Auswärtiges Amt

Berlin, Wilhelmstrasse 76.

Im Auftrage der Vorstandschaft des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen „Freie Ukraine“ habe ich die Ehre, in der Anlage 5 Ehrenkarten zur wissenschaftlichen Eröffnungssitzung am Samstag den 11. Dezember ganz ergebenst zu überreichen. [...]

Generalsekretär der „Freien Ukraine“, Falk Schupp“

Besonders wichtig erscheint in dieser Einladung die Unterschrift „Generalsekretär der „Freien Ukraine““ im Zusammenhang mit dem Datum dieses Dokuments, dem 9. Dezember. Da die „Eröffnungssitzung“ erst zwei Tage später, am 11. Dezember, stattfinden sollte, beweist diese Unterschrift gemeinsam mit der ebenda erwähnten Bezeichnung „Vorstandschaft des Verbandes“, daß die Führungspersonen der „Freien Ukraine“ noch vor der offiziellen Gründung des Verbandes ihre Verbandsposten bekleideten.

Den 11. Dezember bezeichnet als Gründungsdatum auch der Vorstandsleiter dieses Verbandes General Gebattel.⁵⁰ Das Auftreten von Dr. Schupp als Generalsekretär (und seiner nicht genannten Kollegen als Vorstandsmitglieder) am 9. Dezember bedeutet, daß die Leitung des Vereins „Freie Ukraine“ im voraus ernannt worden war.

Auch der Text der Einladungskarten beweist, daß die leitenden Prinzipien der künftigen Tätigkeit des Verbandes zum 9. Dezember schon längst formuliert wurden⁵¹:

„Freie Ukraine“ nennt sich der Verband deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen, der sich jetzt mitten im Weltkrieg gebildet hat und sich hierdurch die Ehre gibt, Sie zu seiner ersten wissenschaftlichen Veranstaltung ergebenst einzuladen. [...]

Das größte der Fremdvölker, welches sehnlichst seine Befreiung von dem moskowitzischen Joche erhofft, ist das Volk der Ukrainer, das dreißig Millionen Menschen zählt. Sein Gebiet erstreckt sich von der galizisch-russischen Grenze bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres. Einst hatte die Ukraine ein blühendes nationales Leben in eigenen Staatswesen. Einer ihrer Nationalhelden, der Hetman Mazepa, ist eine weltgeschichtliche Persönlichkeit, ihr Volksdichter, zugleich der Wiederhersteller ihrer Freiheitsbestrebungen Taras Schewtschenko, ist ein Charakterkopf der osteuropäischen Literatur.

Unser Standpunkt erfordert nun, daß durch das Freiwerden dieses kräftigen Fremd-Volkes Russland vom Schwarzen Meer abgedrängt und ihm die Möglichkeit genommen wird, durch einen

50 Vgl. BOROWSKY Deutsche Ukrainepolitik 1918, S. 40.

51 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 20957.

neuen Völkersturm unsere Kultur und die unserer österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Bundesgenossen zu bedrohen. Ausserdem führt durch eine freie Ukraine der nächste Weg von Berlin über Breslau, Lemberg nach Odessa, von da zum Persischen Meer, und zur künftigen Ueberlandbahn nach Indien.

[...]

Die Vorstandschaft der ‚Freien Ukraine‘.

I.A. Freiherr K. v. Gebstattel, General der Kavallerie z.D., Vorsitzender.“

Wie man diesem Text entnehmen kann, strebten die Angehörigen des Verbandes die Lostrennung der Ukraine vom Russischen Reich an und anerkannten das Recht der Ukrainer auf ein eigenes Staatswesen. Der Wert einer freien Ukraine wurde darin gesehen, daß sie Deutschland gegen die „russische Gefahr“ unterstützen und den Weg zum Orient zur Verfügung stellen sollte.

Diese militärisch-politischen Ziele wurden auf der höchsten staatlichen Ebene ausgearbeitet und widerspiegelten die Wandlungen der Kriegsstrategie aufgrund entscheidender strategischer Faktoren. So war die deutsche Staatsführung in der zweiten Hälfte 1915 mit der Tatsache konfrontiert, daß die Ernte in jenem Jahr nur gut die Hälfte der vorjährigen Ernte betrug.⁵² Man darf nicht ausschließen, daß der „Ernährungsfaktor“ schon in der damaligen Phase des Krieges für die deutsche oberste Staats- bzw. Militärführung als immer wichtigerer Faktor der Kriegsstrategie wahrgenommen wurde. Diese These befürwortet eigentlich auch C. Remer in seiner Bemerkung, daß die Initiative des Kriegsministeriums zur Schaffung des Verbandes „zeitlich in etwa zusammen mit der sogenannten Weihnachtsdenkschrift 1915 von Generalstabschef Falkenhayn [fiel], der zu der Überlegung gelangte, daß im Falle eines weiteren militärischen Vormarsches im Osten (für den er nicht war) nur der Einmarsch „in die reichen Gebiete der Ukraine“ in Betracht käme.“⁵³

Die Führung des Verbandes schloß sich in bezug auf die „ukrainische Frage“ der Zielsetzung folgender deutscher und ukrainischer Politiker, Wissenschaftler und Publizisten an⁵⁴: Longin Cehelskyj, Georg Kleinow, Wladimir Kuschnir, Michael Lozynskyj, M.Hruschewskyj, Otto Keßler, Eugen Lewicky, Stefan Rudnyckyj, Rudolf Stübe.

Zwei deutsche Verfasser dieser Liste, Otto Keßler und Rudolf Stübe, keine bekannten Kenner der ukrainischen Angelegenheiten, waren aber zu jener Zeit gemäßigte Anhänger der Idee einer eigenständigen Ukraine. Georg Kleinow, ab Dezember 1914 Leiter der

52 Geheimes Staatsarchiv, Preußischer Kulturbesitz Berlin. Hauptabteilung I, Repositor 89. Königliches Geheimes Zivilkabinett. Aktennummer 15376, S. 219. Wirtschaftliche Lage und Volkseinigkeit. Kundgebung der Freien Vaterländischen Vereinigung im Abgeordnetenhaus am 13. Mai 1916. Rede des Ökonomierates Dr. Hösch, Mitglied des Hauses des Abgeordneten. Berlin 1916: „Unsere letzte Ernte stellte sich aber bedauerlicherweise wie nicht ganz 3 zu 5 gegenüber der vorjährigen Ernte dar.“

53 REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 296.

54 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. R 20957.

Presseverwaltung des Oberkommandos Ost und Fachmann in der deutschen Polenpolitik, entwickelte noch Ende 1914 dazu seine Vorstellungen zu Übergabe ukrainischer Territorien an den wiederherzustellenden polnischen Staat.⁵⁵

Der Redaktor Wladimir Kuschnir (Wien) und der Historiker und Führer der Radikal-Demokratischen Partei in der russischen Ukraine Professor Mychajlo Hruschewskyj waren dem deutschen Ostexperten, Historiker und Vorstandsmitglied des Deutschen Ostmarken-Vereins Otto Hoetzsch gut bekannt. Kuschnir unterhielt auch fachliche Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin noch aus der Vorkriegszeit.⁵⁶

Ukrainische Politiker und Publizisten wie der Reichsratsabgeordnete Dr. Longin Cehelskyj, Dr. Michael Lozynskyj, der Reichsratsabgeordnete Dr. Eugen Lewicky und Priv.-Doz. Dr. Stefan Rudnyckyj waren entschiedene Verfechter der Idee der Schaffung eines ukrainischen Staates; L. Cehelskyj, E. Lewicky und S. Rudnyckyj waren Mitglieder des Bundes zur Befreiung der Ukraine.⁵⁷

Während der Eröffnungssitzung trat der Vorsitzende der „Freien Ukraine“ Gebattel mit einer Eröffnungsansprache und einem Geleitwort auf. In dieser Programmrede nannte er die Ziele des Verbandes, zu welchen die Informierung der deutschen Öffentlichkeit über die ukrainischen Angelegenheiten und die wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine sowie die Unterstützung des Bundes zur Befreiung der Ukraine gehörten. Als Endziel bestimmte Gebattel das Erreichen der Autonomie der Ukraine. Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Ukraine hielt Reichsratsabgeordneter Dr. Eugen Lewicky einen speziellen Vortrag, der mit Lichtbildern begleitet wurde. Wahrscheinlich zum ersten und letzten Mal behandelte Dr. Schupp in einem Vortrag das Thema „Die Volkskunst der Ukrainer“, auch unter Einsatz von Lichtbildern.

Diese Veranstaltung fand im Verhandlungssaal des preußischen Abgeordnetenhauses statt, das Publikum bestand aus Vertretern des Staatsapparats, der Militärführung, der Industrie-, Handels- und Finanzelite, aus Abgeordneten des Reichstags und des preußischen Herrenhauses.

Die Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ berichtete, welche Unterstützung der Verband „Freie Ukraine“ in der deutschen Elite genoß. Auf der Vorstandssitzung am 27. Januar 1916 wurde verkündet, daß der Verband zu jener Zeit 125 Mitglieder hatte, darunter folgende einflußreiche Personen bzw. Organisationen: Kavallerie-General z.D. Freiherr von Gebattel, Staatsminister z.D. Dr. von Richter, General der Infanterie z.D. Siemens, Staatsminister z.D. Dr. von Hentig, Wirklicher Geheimrat Graf Moltke, Geheimer Kommerzienrat Dr. Ing.

55 Vgl. REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 174, 290.

56 Vgl. REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 161; vgl. auch: Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukraïny, Kyïv. Fond 1235 M.S. Hruševs'koho.

57 Vgl. HORNYKIEWYCZ Ereignisse in der Ukraine 1914-1922. Bd. I. Personen- und Sachregister.

Kirdorf, Direktor der Friedrich Krupp AG Dr. A. Hugenberg, Bergrat Dr. Frech, Mitglied des Reichstags Major Bassermann, Schuldirektor Dr. Carl Horn, Geheimer Hofrat Dr. W. Rolfs, Freiherr von Ungern-Sternberg, Sanitätsrat Dr. Sarason, Baltischer Vertrauensrat Berlin, die Handelskammern von Frankfurt am Main und anderen deutschen Städten.⁵⁸

7 Die Spezialmissionen des Münchener Zahnarztes Dr. Heinrich Schupp – von der Balkan-Politik zur „ukrainischen Aktion“

Da die „Osteuropäische Zukunft“ im J.F. Lehmanns Verlag in München herausgegeben wurde, sind Akten des Pressereferats des königlichen bayerischen Kriegsministeriums des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, Abteilung Kriegsarchiv, zum logischen Forschungsziel geworden.

Archivdokumente aus dieser Abteilung beweisen, daß Dr. Falk Schupp nach wie vor der Gründung des Verbandes „Freie Ukraine“ als Zahnarzt und Eigentümer einer Zahnklinik in München gut bekannt war⁵⁹:

„Akten des K. Kriegsministeriums.

München 10.III.1916.

Presse während des Krieges.

Abschrift.

Betreff: [...] Osteuropäische Zukunft

[...] zur Feststellung beim Verlag Lehmann, ob der als verantwortlicher Schriftleiter (der Osteuer. Zukunft zeichnende) Dr. Falk Schupp, der in den beiden ersten Nummern Berlin als Wohnort angibt, nunmehr tatsächlich in Berlin wohnt.

Abteilung VI.

Gez. Ramer.“

„Herr Dr. Falk Schupp ist in seinem Fach Zahnarzt, wohnt ständig hier Sonnenstraße Nr. 24 und übt da auch seine Praxis aus. [...] Die Tätigkeit als Schriftleiter der osteuer. Zukunft ist ein Nebenberuf.

Am 12. III. 1916.

Gez. Stiegler,

Bezirkskommissär.“

„[...] Das Redaktions-Lokal für die osteuer. Zukunft befindet sich in Berlin, und das K. Preuss. Kriegsministerium, Prinz Albrechtstraße 3, hat Räume hiez u zur Verfügung gestellt [...]. Er [d.i.

58 Vgl. REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 297.

59 Bayerisches Hauptstaatsarchiv Abteilung IV (Kriegsarchiv). MKr 13875.

Dr. Falk Schupp; – d. Autor] wird auf Kriegsdauer in Berlin wohnhaft bleiben und erst nach dem Krieg wieder nach München zu seiner Familie zurückkehren.

Am 15. III. 1916.

Gez. Stiegler,

Bezirkskommissär.“

Aufgrund dieser Mitteilungen kann man also feststellen, daß die Tätigkeit des Verbandes und der Redaktion unter besonderer Begünstigung der obersten Militärführung und natürlich nicht zuletzt auch in deren Interesse erfolgte. Sonst wäre es absolut unmöglich, während des Krieges in dem Gebäude von besonderer Bedeutung Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt zu bekommen. Die Angehörigen der Redaktion müssen auch besonderes Vertrauen seitens der Staats- und Militärführung genossen haben, wenn sie Zutritt zu einem strategisch so wichtigen Gebäude hatten.

Die medizinische Tätigkeit von Dr. Schupp wird auch in den Akten des Bestandes „Freiwillige Zahnärzte“ des Kriegsarchivs München geschildert. Ein Schreiben des Herrn Dr. Schupp eröffnet eine unbekante Seite seiner nebenberuflichen Tätigkeit: „eine politische Mission im Balkan im Auftrag des Auswärtigen Amtes – Berlin“.⁶⁰

Eine Episode in der beruflichen Laufbahn dieser merkwürdigen Persönlichkeit, des politisch engagierten Zahnarztes Schupp, wie diese „politische Mission im Balkan“ gibt Anlaß zu der Vermutung, daß seine politischen Erfahrungen, die in der bisherigen deutschen Forschungsliteratur erst für die Zeit ab 1915 nachgewiesen worden sind, eine besondere Entwicklung erlebten. Die Antwort auf die Frage nach der Tätigkeit des Herrn Dr. Schupp während seiner Balkanmission liegt in den Akten des Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn. Folgende Berichte deutscher diplomatischer Vertretungen in Bulgarien werfen Licht auf die dortigen Aufgaben von Dr. Schupp⁶¹:

„Kaiserlich

Sofia, den 9. November 1914.

Deutsche Gesandtschaft

Geheim!

Seiner Exzellenz

Dem Reichskanzler

Herrn von Bethmann Hollweg.

Die verschiedenen Spezialmissionen der Herren Dr. Vollberg, Schupp, Engelhardt, Professor Strause, Baron von Dungern (Reichsmarineamt) und ihre mannigfaltigen Bemühungen, einen Einfluß auf die leitenden Kreise und die öffentliche Meinung zu gewinnen, haben einen

60 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abteilung IV (Kriegsarchiv). MKr 13762.

61 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 21205.

nennenswerten Erfolg nicht gehabt. [...] Von den hauptstädtischen Zeitungen habe ich in den letzten Monaten drei mit laufenden Unterstützungen versehen und zugleich auf sie durch Einhängung von deutschen Zeitungen an ihre Reporter, durch regelmäßige Mitteilung der amtlichen Telegramme, sowie durch gelegentliche Artikel in unserem Interesse eingewirkt. Dies genügte wohl, um eine uns wohlwollende Stimmung zu fördern und zu erhalten, aber nicht um die leitenden Kreise, den König sowohl die Regierung, zu einem aktiven Eingreifen unseren Interessen gemäß zu ermutigen. [...]"

[Unterschrift]

In welcher Weise der „Einfluß auf die leitenden Kreise und die öffentliche Meinung“ zu gewinnen war, berichten nächste Dokumente⁶²:

„An den Vorsitzenden des Kulturbundes
deutscher Gelehrter und Künstler,
Herrn Geheimrat Obermedizinalrat
Professor Dr. Waldeyer, Hochwohlgeboren.
Streng vertraulich!

Berlin, den 20 November 1914

Sehr verehrter Herr Geheimrat!

In unserer letzten Besprechung wurde die Möglichkeit einer deutschen Aktion unter den Intellektuellen Bulgariens erwähnt, worauf sich auch ein Schreiben Ihres Herrn Geschäftsführers an den Herrn Gesandten von Bergen vom 19. d.M. bezieht.

Ich habe nicht ermangelt, mit den Herren der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Rücksprache zu nehmen. Dort hat man darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige politische Lage bei Unternehmungen in Bulgarien eine besondere große Behutsamkeit erfordere. Ebenso hat auch der Kaiserliche Gesandte in Sofia dringend empfohlen, von allen Sonderaktionen dortselbst bis auf weiteres abzusehen. Herr Dr. Schupp, der erst neulich in Bukarest weilte, ist daher seitens des Auswärtigen Amtes gebeten worden, vorläufig nicht nach Sofia zurückzukehren.“

[Unterschrift]

Aus diesem Brief kann man deutlich sehen, daß der deutsche Einfluß in Bulgarien mittels der Arbeit unter den örtlichen Intellektuellen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Kultur erreicht werden sollte. In dieser Hinsicht könnte man über eine Besonderheit deutscher Außenpolitik sprechen: der Gewinnung von politischem Einfluß im Ausland durch „Sonderaktionen auf dem Gebiet der Kultur“. Daß solche „Sonderaktionen“ und „Spezialmissionen“ von höchster staatlicher Bedeutung waren, wird durch die ständige Informierung der höchsten Staatsführung bewiesen.

62 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 21205.

Die nächsten diplomatischen Berichte illustrieren, mit welchen konkreten Methoden Dr. Schupp seine Aufgaben in Bulgarien erfüllen wollte:

„Kaiserlich
Deutsches Konsulat.
Seiner Exzellenz
Dem Reichskanzler
Herrn Dr. von Bethmann Hollweg.

Sofia, den 27. November 1914.

Euer Exzellenz beehre ich mich beifolgend Übersetzung einer mir von dem hiesigen Rechtsanwalt Assen Zankow zugegangenen Eingabe mit dem Anheimstellen der hochgeneigten weiteren Veranlassung gehorsamst zu überreichen.

Der in der Eingabe erwähnte Dr. Schupp hat vor etwa Monatsfrist unter Berufung auf eine halbamtliche Mission im Konsulat vorgeschlagen und dabei erklärt, daß er unter anderen die Gründung einer deutschen Zeitung in Sofia beziehungsweise die Verbesserung und Umgestaltung der hier erscheinenden „Bulgarischen Handels-Zeitung“ anstrebe und daß er sich zu diesem Zwecke bereits mit dem Redakteur dieser Zeitung, Herrn Bernhard Cohn, in Verbindung gesetzt habe. Auf seinen Antrag um Namhaftmachung eines Rechtsanwaltes sind ihm zwei hiesige Rechtsanwälte, darunter der Antragsteller Zankow, bekannt worden.

Darüber hinaus hat eine Mitwirkung des Konsulats in den Angelegenheiten des Dr. Schupp nicht stattgefunden. [...].

Konsul.“ [Unterschrift]

Daß die Mission von Dr. Schupp einen „halböffentlichen“ Charakter trug, verursachte einige Schwierigkeiten, infolge derer seine Arbeit in Bulgarien abgebrochen werden mußte. Den aufgrund dessen mit seinem Anwalt entstandenen Mißverständnissen verdanken wir wahrscheinlich, daß wichtige Dokumente über die in Bulgarien geplante Aktion an die deutsche Botschaft kamen und als bis heute einziges unmittelbares Zeugnis der Arbeit von Dr. Schupp erhalten blieben:

„Kaiserlich
Deutsche Gesandtschaft
Seiner Exzellenz
Dem Reichskanzler
Herrn von Bethmann Hollweg.

Sofia, den 28. November 1914.

Euer Exzellenz beehre ich mich anbei einen Bericht des Kaiserlichen Konsuls [...] vom 27. d. Mts. betreffend eine Forderung an Dr. Schupp nebst Anlagen einzureichen. Dr. Schupp hat sich hier mit allerlei dunklen Existenzen eingelassen, die Polizei war auf ihn aufmerksam geworden, es kamen unbequeme Anfragen an die Gesandtschaft und es wurde Zeit, daß er von hier ver-

schwand. Da er selbst sich in seiner persönlichen Sicherheit bedroht glaubte, so war ihm die Abreise erwünscht; nur brauchte er zur Abwicklung seiner hier eingegangenen Verbindlichkeiten und zur Deckung der Reisekosten die Summe von dreitausend Lewa, die ihm nach eingeholter Ermächtigung Euer Exzellenz von der Gesandtschaft ausgezahlt worden sind. Er hätte also die Pflicht gahabt, von dem Betrage seinen Anwalt zu bezahlen.

Botschafter.“ [Unterschrift]

„Anlage 3.

Kaiserlich
Deutsches Konsulat
Übersetzung!

Sofia, den 5/18. November 1914.

Assen Zankow
Advokat

An das Kaiserlich Deutsche Konsulat Sofia

Vor mehr als Monatsfrist erschien bei mir auf Empfehlung des Kaiserlichen Konsulats Herr Dr. Heinrich Schupp, damit ich ihm juristische Ratschläge erteile und ihm einige Papiere vorbereite betreffend ein Unternehmen, das er mit Herrn B. Cohn, Redakteur der Bulgarischen Handels-Zeitung, abzuschliessen beabsichtigte. Ich habe die mir übertragene Arbeit erledigt, aber Herr Schupp ist bis heute nicht bei mir erschienen, um die Papiere abzuholen und mir das zukommende Honorar zu bezahlen. [...]

Hochachtungsvoll:
A. Zankow.“

Daß Dr. Schupp in diesen Dokumenten als Dr. Heinrich Schupp auftritt, gibt Anlaß zu mehreren Fragen, die infolge weiterer in München durchgeführter Archivforschungen beantwortet wurden.

Die wichtigsten Besonderheiten des Presseprojekts von Dr. Schupp kommen im bulgarischen Originaltext des Vertrags deutlich zum Ausdruck:

„Асьнъ Цанковъ
Адвокатъ
София – ул. Парчевичъ № 49.

ДОГОВОРЪ

Между „Балканското Акционерно Дружество за Обяви и Информаци“ въ София, прѣдставлявано чрез неговия прѣдставителъ г-нъ, по-долу съкратено обозначавано съ Б.А. /В.А./ и г-н Д-ръ Хайнрихъ Шупъ, отъ Мюнхенъ, по настоящемъ въ

София, по-долу съкратено обозначавано съ Д-ръ се сключва настоящия договоръ.

§1

Б.А. е стопанка и пълноправна ступанка на издавания отъ 22 год въ София вѣстникъ „Български Търговски Вѣстник“, който излиза ежедневно всеки дѣнь отъ седмицата.

[...]

§3

Д-ръ поема верховното руководство на вѣстника, който за напредъ ще носи името „Български Вестникъ“ и ще опредѣля по свое усмотрение съдържанието както на редакционната, така и на афишната частъ, а също и цѣнитъ на абонамента и обявленията. Д-ръ вѣнъ от това ще опредѣля, кога и какъ, колко пъти и на какъвъ езикъ ще излиза вѣстника.

[...]

§9

Обаче тоя договоръ ще влезе въ сила само тогава, ако буде одобренъ отъ г-нъ Манесманъ – Берлинъ лично или чрезъ правния синдикусъ на консорциума Манесман адвоката и натариусъ Д-ръ Шпрингеръ, Берлинъ – Бременъ, слѣдъ телеграфическото съобщение на главнитъ пунктове на контракта. [...]

гр. София, 27 септември 1914 год.“

Laut diesem Text vom 27. September 1914 sollte ein Vertrag zwischen der „Balkanischen Aktiengesellschaft für Information“ in Sofia und Dr. Heinrich Schupp aus München abgeschlossen werden. Die Aktiengesellschaft sei Eigentümerin des in Sofia erscheinenden Tageblattes „Bulgarische Handelszeitung“. Herr Dr. Schupp übernimmt die Leitung dieser Zeitung und bestimmt die Tätigkeit der Redaktions- und Werbungsabteilungen, sowie die Preise des Abonnements und der Werbeanzeigen. Außer dem entscheidet Dr. Schupp, wann und wie, zu welchem Preis und in welchen anderen Sprachen die Zeitung noch herausgegeben werden sollte. Dieser Vertrag sollte nach der persönlichen Bewilligung des Herrn Mannesmann aus Berlin oder des Rechtsanwalts des Konsortiums Mannesmann, Dr. Springer, Bremen-Berlin in Kraft treten.

Es ging also tatsächlich um die vollständige Kontrolle dieser Zeitung, aber einige persönliche und (oder) geschäftliche Auseinandersetzungen mit anderen deutschen handelnden Personen in Sofia unterbrachen die Verwirklichung der Pläne von Dr. Schupp.

Die „politische Mission im Auftrag des Auswärtigen Amtes“ in Bulgarien wirft die Frage der möglichen Existenz einiger Wechselbeziehungen zwischen der Balkan-Episode im Lebenslauf von Dr. Schupp einerseits und der Beteiligung des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerländerverbandes „Dubvid“ an der Herausgabe der Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“

andererseits auf. Das im Staatsarchiv München aufbewahrte Archiv dieses Verbandes belegt, daß der Stifter und Vorstandsleiter dieses Vereins niemand anderes als derselbe Dr. Falk Schupp.

Dieser Umstand macht es möglich, nicht nur eine Parallele zwischen der Tätigkeit des Verbandes „Dubvid“ und der des Verbandes „Freie Ukraine“ zu ziehen, sondern auch die berufliche Laufbahn und die individuellen Methoden Falk Schupps gründlicher zu analysieren. Die Archivakten führen uns in das Jahr 1913 zurück⁶³:

„Dr. Schupp

23.V.1913

Königliche Polizeidirektion München, Abteilung Vereinswesen.

[...] Der ergebenst unterfertigte beehrt sich anzuzeigen, daß er das Präsidium des neugebildeten Vereins „Dubvid, Donau- und Balkanländerverein in Deutschland, eingetragener Verein“ übernommen hat. Die Vorstandschaft besteht ausserdem aus Herrn Dr. C.-A. Raschke, Privatlehrer, Pension Abazzia, als Generalsekretär und Herrn Josef Haustein, Redakteur, Feldmoching, als II Sekretär und Kassierer, Herrn August Selten, Kaufmann, Arnulfstr. 26. als Beisitzer. Der Verein ist unpolitisch und auch in religiöser Hinsicht neutral.

Dr. Schupp.“

Die in diesem Ansuchen angegebenen kulturellen und wissenschaftlichen Zwecke der Gründung dieser Organisation erinnern eindeutig an dieselben offiziell verkündeten Aufgaben der Sondermission des Dr. Schupp in Bulgarien im Herbst 1914, also über ein Jahr später. Der für die Gesellschaft „Dubvid“ vorgesehene Tätigkeitsbereich sollte in Wirklichkeit nicht nur auf die rein wissenschaftliche Ziele beschränkt werden. Das beweist z.B. das folgende Dokument:⁶⁴

„Zahnarzt

München, 5. VI. 1913.

Dr. Schupp

Königliche Polizeidirektion München, Abteilung Vereinswesen.

[...] Die Mitglieder [des Verbandes „Dubvid“; – d. Autor] werden zunächst unter den deutschen Fabrikanten und Kaufleuten geworben, die nach den beteiligten Ländern geschäftliche Interessen haben. Daß diese Interessen sehr groß sind, hat speziell unserer bayerischen Industrie der Balkankrieg auf einmal mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. Nur durch bessere Kenntnis der Balkanländer aber können wir unserer Industrie die Möglichkeit erschließen, an Stelle der verloren

63 Staatsarchiv München. Pol. Dir. München 573. Schreiben des Dr. Schupp an die Polizeidirektion München über Ziele des Vereins des Donau –und Balkanländervereins in Deutschland – „Dubvid“ vom 23. Mai 1913.

64 Staatsarchiv München. Pol. Dir. München 573. Schreiben des Dr. Schupp an die Polizeidirektion München vom 5. Juni 1913.

gegangenen Verbindungen neue anzuknüpfen. Wir waren mit und durch Österreich seither die Hauptlieferanten für die europäischen Provinzen der Türkei und müssen nun sehen, durch Verstärkung unserer wissenschaftlichen Beziehungen uns diese Absatzgebiete wieder zu eröffnen. [...]

[Gezeichnet; – d. Autor] Schupp.“

In der Rhetorik von Dr. Schupp bedeutete die Stärkung wissenschaftlicher und kultureller Kontakte also in Wirklichkeit das Durchsetzen der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands beziehungsweise Bayerns auf dem Balkan. Wie ungefähr ein Jahr später in Sofia sollte die Tätigkeit auf dem Gebiet der Kulturkontakte als ein Mittel zur Erreichung anderer Ziele dienen. Konkretisiert wurden diese Ziele in einem Exposé zur geplanten Gründung des Museums für Donauhandel in Regensburg⁶⁵:

„Dubvid“

München 11. Juli 1913.

Polizeidirektion München

Exposé

[...] In erster Linie soll er den auf unseren Export nach den unteren Donauländern ungünstig einwirkenden Bestrebungen Frankreichs entgegenarbeiten, das die neuen Anleihen nur unter fast unerfüllbaren Bedingungen zu Gunsten der Abnahme französischer Industrieprodukte an jene Staaten begeben will. [...]

Dr. Schupp.“

Man kann sich kaum vorstellen, wie ein Museum im Konkurrenzkampf um einen strategischen Absatzmarkt seinen Einfluß auf die wirtschaftlich-politische Situation auf dem Balkan ausüben sollte. Die Vermutung, daß die Museumstätigkeit eher als ein Deckmantel für die Erreichung von Aufgaben benutzt wurde, die weit über rein kulturelle Zwecke hinausgingen, erfährt weitere Unterstützung in den nächsten Archivadokumenten. Mehr über die Ziele des zu schaffenden Museums in Regensburg schreibt Zahnarzt Dr. Schupp in seiner Denkschrift an die Königliche Bayerische Polizeidirektion München vom 29. Oktober 1913.⁶⁶

Er betont, daß Deutschland seit 1911 keinen Einfluß auf die Festlegung der Tarife auf der Donau habe, nachdem Österreich die Aktien der „Süddeutschen Donauschiffahrtsgesellschaft“ eingelöst habe. Eine solche Situation sei weder aus der Sicht der Nationalwürde des Reiches, noch aus der Sicht des deutschen Handels tragbar, weil sie Deutschland in eine zu große Abhängigkeit von ihrem Bündnisstaat stelle. Im Krieg mit einer Weltmacht wie

65 Staatsarchiv München. Pol. Dir. München 573. Exposé zur Gründung des Museums für Donauhandel in Regensburg.

66 Staatsarchiv München, Pol. Dir. München 573. Schreiben an die Königliche Polizeidirektion München, Abteilung Vereinswesen. Darstellung der Hauptaufgaben des Vereins „Dubvid“, 29. Oktober 1913.

England oder Frankreich könne die Handelsflotte auf der Donau unerwartet größte Bedeutung erlangen, weil Rumänien und Bulgarien die bedeutendsten Lieferanten von wichtigsten Rohstoffen für die deutsche Volkswirtschaft wie Getreide, Mais und Erdölprodukte, nämlich Benzin, Beleuchtungöl (Kerosin) und Treiböl, seien, die auf dem Donauweg nach Deutschland transportiert würden. Wenn man berücksichtige, daß der Transport dieser Produkte nach Deutschland ausschließlich auf dem Seeweg erfolge und deswegen durch die kräftemäßige Überlegenheit der feindlichen Flotten leicht zu blockieren sei, sei es unverzichtbar, daß der strategische Handelsweg über die Donau auf seiner gesamten Länge unter vollständiger Kontrolle seitens deutscher Bündnispartner stünde. Um die Lage zugunsten Deutschlands zu verbessern, sei es höchst wünschenswert, ein Handelsmuseum in Regensburg aufzubauen.

Diese Darstellung von strategischen Faktoren staatlicher Bedeutung zeigt überzeugend, daß Dr. Schupp die lebenswichtigen Aufgaben Deutschlands im südosteuropäischen Raum vertraut waren. Die Abwehr der französischen Bestrebungen in diesem Teil Europas und die Wiederherstellung der deutschen Kontrolle auf dem Handelsweg Donau konnten kaum im Rahmen der Arbeit eines Museums verwirklicht werden. Die von Dr. Schupp bezeichneten Aufgaben entsprechen eher den Wirkungsmöglichkeiten des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Die bayerische Polizei beobachtete die Tätigkeit des Verbandes „Dubvid“ und sammelte Informationen zur Persönlichkeit von dessen Vorstandsvorsitzenden. Folgende Materialien illustrieren, daß die Polizei in München in dieser Hinsicht gut informiert war: „Dr. Schupp ist auch durch literarische Tätigkeit, als hervorragender Kenner Bulgariens, Serbiens und ehemaliger türkischer Provinzen und als Initiator der Gründung des Museums für Donauhandel in Regensburg bekannt.“⁶⁷

Die zuletzt angegebenen Fakten sprechen dafür, daß die Beschäftigung Dr. Schupps mit der Schaffung des Verbandes „Dubvid“ und mit den Problemen des deutschen Handels auf dem Balkan wahrscheinlich eine bedeutsame Vorgeschichte hatte. Daß diese Vorgeschichte höchstwahrscheinlich nicht unter der Führung bayerischer Behörden verlief, belegt ein Schreiben der Königlichen Polizeidirektion München an das bayerische Außenamt.⁶⁸ Laut dieser Mitteilung hat der Vorsitzende des Vereins „Dubvid“ Dr. Schupp die Frage über die Quellen der Finanzierung des Vereins nur auf die Art und Weise beantwortet, daß es unterschiedliche private Förderer gebe. Auch Angaben zur Persönlichkeit des Vorstands-

67 Staatsarchiv München. Pol. Dir. München 573. Bericht des Bezirkskommissärs der Königlichen Polizeidirektion München betreffend der Versammlung des Vereins „Dubvid“, 25. Oktober 1913.

68 Staatsarchiv München. Pol. Dir. München 573. Auskunft der Königlichen Polizeidirektion München für das Königliche Bayerische Außenamt vom 3. Dezember 1913 betreffend den Verband „Dubvid“.

vorsitzenden von „Dubvid“ konnten die Münchener Polizeibehörden dem bayerischen Außenamt übermitteln:

„Dr. Schupp, Zahnarzt, geb. 21. Sept. 1870 in Darmstadt. Er ist Inhaber des zahnärztlichen Ambulatoriums „Hygiodont“ [...] und soll auch schriftstellerisch Tätig sein. Seine Vermögensverhältnisse sind, wie hieramts bekannt, geordnet. Nachteiliges ist über ihn nicht bekannt geworden.

Dr. phil. Schupp wurde am 15. März 1897 an der Universität Basel zum Dr. phil. promoviert und erhielt mit Entscheidung des Königlichen Staatsministeriums des Innern für Kirchen und Schullangelegenheiten vom 23. Oktober 1901 die Erlaubnis zur Führung des Dokortitels in Bayern.“

Da keine Informationen zu den Finanzquellen des Vereines dem bayerischen Außenministerium bekannt waren, liegt es nahe zu vermuten, daß nicht nur die „Mission“ auf dem Balkan im Herbst 1914, sondern auch die Tätigkeit Falk Schupps 1913 in Bayern „im Auftrag des Auswärtigen Amtes in Berlin“ verlief. Die Weigerung, den Münchener Behörden die konkreten Finanzquellen von „Dubvid“ zu nennen, konnte sich Dr. Schupp ohne höhere Protektion wohl kaum erlauben.

Für die künftige Tätigkeit des Verbandes wurde auch die höchste staatliche Begünstigung nicht ausgeschlossen: § 34 des Statuts von „Dubvid“ sah vor, daß Staatsoberhäupter der Mitgliederstaaten durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes und unter Zustimmung der betreffenden Personen der entsprechenden Staaten zu Protektoren des Vereins gewählt werden könnten.⁶⁹

Im übrigen waren ganz gewöhnliche Kriterien zur Aufnahme neuer Mitglieder vorgesehen: zu ordentlichen Mitgliedern des Vereins durften Bürger und juristische Personen aus den beteiligten Ländern aufgenommen werden. Als außerordentliche Mitglieder durften jegliche Studenten weltlicher und kirchlicher Hochschulen und mehr als 18 Jahre alte Armeeangehörige des aktiven Militärdienstes aufgenommen werden. Als korrespondierende Mitglieder durften solche Personen aufgenommen werden, die die Interessen des Vereins in ihren Ortschaften zu vertreten einverstanden waren.

Die Dokumente des „Dubvid“ waren mit „Dr. Heinrich Schupp, Zahnarzt“ unterzeichnet. Daß es in allen genannten Dokumenten um dieselbe Person geht und daß Falk Schupp und Heinrich Schupp dieselbe Person ist, beweist eindeutig das letzte dokumentarische Zeugnis der Tätigkeit des Verbandes:⁷⁰

69 Staatsarchiv München, Pol. Dir. München 573. Statut des Vereins „Dubvid“.

70 Staatsarchiv München, Pol. Dir. München 573. Schreiben des Vorstandsvorsitzenden des Verbandes „Dubvid“ Dr. Falk Schupp an die Polizeidirektion München vom 20. Februar 1920.

„Dubvid“ e.V.

München, den 19. II. 1920.

Donau-, Balkan- und Schwarzmeerländer-Verband

Sitz: München

Für wechselseitige Förderung geistiger und wirtschaftlicher Beziehungen.

Polizeidirektion, Abteilung Vereinswesen.

München.

[...] Der in München 1910 begründete u. 1913 ins Vereinsregister eingetragene Verband Dubvid nimmt seine wissenschaftliche Tätigkeit wieder auf, indem er einen Vortragszyklus von 3 Abenden veranstaltet, die in der zweiten Hälfte des März stattfinden sollen. Die Vorträge werden von dem Unterzeichneten, dem Vorsitzenden, gehalten und behandelt: 1) Bayern und die Rückkehr Österreichs zum Reich 2) Der Wiederaufbau Osteuropas unter Mitwirkung deutscher Auswanderer aller Berufsweige (Lichtbilder) 3) Muss das deutsche Volk verzweifeln? (Lichtbilder.)

Der Reinertrag der Veranstaltung soll zum besten der hungernden Kinder Wiens Verwendung finden. Mit dem Vertrieb der Eintrittskarten wird eine Werbung für den Verein Dubvid verbunden. [...] Als Saal kommt voraussichtlich der Saal der Handelskammer (Neue Börse, Maximiliansplatz) in Frage, in welchem der Dubvid schon 1913 eine Serie von Balkanvorträgen veranstalten hat.

Hochachtungsvoll
ergebenst!

Dr. Heinrich Schupp

(Gelehrtenname Falk Schupp).

Sonnenstr. 24 II

Telefon 51 042.“

Zwischen der Abfassung des vorletzten (3. Dezember 1913) und des letzten (19. Februar 1920) in den Münchener Archiven bekannten, den Verband „Dubvid“ betreffenden Dokuments des Verbandes „Dubvid“ liegen über 6 Jahren. Die Vorgeschichte der aktiven Tätigkeit des Balkanexperten Falk (Heinrich) Schupp auf dem Gebiet der deutsch-ukrainischen Probleme ab der zweiten Hälfte 1915 gibt ausreichend Anlaß zur Vermutung, daß diese Wende auch mit dem Auswärtigen Amt Berlin verbunden war.

8 Der Verband „Freie Ukraine“ und seine Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ als intellektuelles Laboratorium und Propagandamedium der deutschen Ukraine-Politik

Wenn man die Tätigkeit der Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ und des Verbandes „Freie Ukraine“ vor dem Hintergrund des gesamten Bildes deutscher Publizistik zu Ukraine-Politik ansieht, werden folgende Gesetzmäßigkeiten offensichtlich:

- Deutsche Zeitungen begannen erst nach dem Ausbruch der Februarrevolution 1917 in Rußland ihre Aufmerksamkeit der Ukraine kontinuierlich zu widmen; vor diesem Datum waren solche Veröffentlichungen ziemlich selten. (Das belegen die Pressesammlungen des Bundesarchivs Berlin und des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes Bonn.)
- Die meisten Zeitschriften beschäftigten sich mit der ukrainischen Problematik eher ausnahmsweise: Sogar die Wochenschrift „Das neue Deutschland“, die in der ersten Hälfte 1915 einen intensiven Meinungsaustausch zur ukrainischen Frage organisierte, kehrte zu diesem Thema bis Mitte 1918 praktisch nicht mehr zurück. Auch die von Paul Rohrbach, Ernst Jackh und Philipp Stein in Zusammenarbeit mit Axel Schmidt herausgegebene Wochenschrift „Deutsche Politik“ (Berlin, 1916-1918) und die Wochenschrift „Die Hilfe“ (Berlin, 1894-1919) von Friedrich Naumann schenken der Ukraine erst ab 1918 eine besondere Aufmerksamkeit. Die Wochenschrift „Das Größere Deutschland“ von P. Rohrbach und E. Jackh (Weimar 1914-1915) behandelte das ukrainische Problem auch ausschließlich als ein Nebenproblem des Kampfes gegen Rußland.

Die publizistischen Broschüren und Bücher zur Ukraine-Politik waren auf eine ausgewählte Leserschaft ausgerichtet; deren öffentliche Bedeutung war durch viele Umstände begrenzt.

Wenn man den Stellenwert der von Dr. Falk (Heinrich) Schupp geleiteten Zeitschrift und des von diesem geführten Verbandes im Verhältnis der Gesamtheit der analytisch-informativen Aktivitäten im Rahmen der deutschen Ukraine-Politik vor 1918 charakterisiert, so sieht man, daß Dr. Schupp besonders effektiv wirkte. Man kann in Deutschland keine andere so wirksame und einflußreiche Strömung hinsichtlich der öffentlichen Erörterung und fachlichen Beurteilung der Perspektiven dieser Politik nennen. Man kann behaupten, daß gerade diese Organisation und ihr Presseorgan die wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine der deutschen Öffentlichkeit kontinuierlich und ausführlich darstellten. Die Abhandlungen von bekannten Experten, den Universitätsprofessoren J. Haller, A. Penck, W. Ohnesorge und F. Frech, betonten, daß der ukrainische Faktor nicht nur aus der Sicht der „Insurgierungspolitik“ gegen Rußland, sondern eher aus dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands wahrzunehmen wäre. Solche Veröffentlichungen wie die Aufsätze von O. Kessler „Die wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine“, Railjan „Die Zucker-

industrie in der Ukraine“, die Sonderausgabe einer Denkschrift „Die Bedeutung der Ukraine für den Weltkrieg“ vom Geheimen Bergrat Prof. Frech unter Mitwirkung von Prof. Aereboe deuteten auf einen neuen, wirtschaftlich bedingten Hintergrund des Interesses Deutschlands an der Ukraine.

Diese Position fand ein entgegenkommendes Interesse seitens der führenden ukrainischen Politiker. Noch am 7. Mai 1915 sprach in seinem Vortrag in München das künftige Vorstandsmitglied der „Freien Ukraine“, Reichsratsabgeordneter Dr. Eugen Lewicky über die neue Ukraine als Mitglied eines großen mitteleuropäischen Staatenbundes, wo deutsches Kapital besonders willkommen wäre.⁷¹

Die Tätigkeit der Gesellschaft „Freie Ukraine“ und der Zeitschrift „Osteuropäische Zukunft“ hatte eine bisher noch unbemerkte Besonderheit: die ukrainischen Mitglieder erhielten dort eine gute politische Schule. Das Mitglied des Bundes zur Befreiung der Ukraine und Mitarbeiter der Redaktion der „Osteuropäischen Zukunft“ Alexander (Olexander) Skoropys-Joltuchowski – in einem durchaus skeptischen Bericht der deutschen Botschaft in Wien Ende 1914 noch als „unbekannter Maler“ charakterisiert – wurde 1918 vom Oberhaupt des ukrainischen Staates Hetman Skoropads’kyj zum Gouverneur des Cholmer Gebietes ernannt.⁷²

Zu beachten ist auch, daß in dem publizistischen Unternehmen von Falk Schupp wichtige Rollen an Vertreter beider Zweige des Ukrainertums gegeben waren: Oleksander Skoropys-Joltuchovs’kyj vertrat die ukrainische Bewegung Rußlands, Eugen Lewicky gehörte zu den Führern der Ukrainer des österreichischen Ostgaliziens. Ausgerechnet im Rahmen der deutschen Ukrainepolitik fand die Idee einer vereinten Ukraine viel mehr Verständnis als in Österreich, wo diese Idee als ungewünscht betrachtet wurde und wo auch der BBU gezwungen war, nach 1914 seine Tätigkeit wesentlich zu begrenzen.

Am 4. Dezember 1917 wurde gemäß der Entscheidung der Hauptversammlung durch den Vorstand die Vereinigung des Verbandes „Freie Ukraine“ mit dem Donau-, Balkan- und Schwarzmeerlanderverband „Dubvid“ durchgeführt und infolgedessen ein Wirtschaftsausschuß „Ukraine“ gebildet. Die Redaktion der „Osteuropäischen Zukunft“ arbeitete aber auf dem Gebiet der deutschen Ukraine-Politik bis Herbst 1918. Das sieht man aus dem folgenden Archivadokument⁷³:

71 Vgl. REMER Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen, S. 295.

72 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn. R 21222. Ukraine. Bericht der deutschen Botschaft in Wien. „Die Wiener Komitees“. Ohne Datum und Unterschrift, S. 4.

73 Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Abteilung IV (Kriegsarchiv). MKr 13874.

„Ukrainische Gesandtschaft Wien.

10. Oktober 1918.

Telegramm an das Generalkommando München.

Ukrainischer Professor Wladimir Kalynowytch ist von Dr. F. Schupp gegenwärtig München herausgegebene Zeitschrift Osteuropäische Zukunft zum Beitritt als Mitglied des wissenschaftlichen Ausschusses zur Herausgabe ukrainischer Lehrbücher eingeladen.“

Im Unterschied zu Paul Rohrbach, dessen Name nicht nur mit der Geschichte der deutschen Ukraine-Politik des Ersten Weltkrieges, sondern mit der Tätigkeit der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft sogar nach dem Abschluss des Zweiten Weltkrieges verbunden ist, taucht der Name von Heinrich (Falk) Schupp im Zusammenhang mit den deutsch-ukrainischen Wechselbeziehungen nach Oktober 1918 nicht mehr auf. Noch im Mai 1918, also vier Monate bevor Dr. Schupp im bereits angegebenen Telegramm erwähnt wurde, wurde in München zwecks der „Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Ukraine“ die Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsgesellschaft (DUWG) gegründet. Die von einflussreichen Vertretern der Münchener und Berliner Wirtschaftselite geleitete und bis 1923 mit den diplomatischen Vertretern der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) zusammenarbeitende DUWG weist weder unter ihren Vorstandsmitgliedern noch in den Arbeitsmaterialien den Namen von Heinrich oder Falk Schupp nach,⁷⁴ obwohl Dr. Schupp zumindest Anfang 1920 in München tätig war, was sein oben dargelegtes Schreiben an die Polizeidirektion München über die künftigen Aktionen des Verbandes „Dubvid“ vom 19. Februar 1920 belegt.

Die Person Dr. Falk (Heinrich) Schupp bedeutet für die Geschichte der deutschen Ukraine-Politik eben so viel, wie die Person Paul Rohrbach. Rohrbachs Tätigkeit auf diesem Gebiet während des Ersten Weltkrieges erreichte ihren Höhepunkt 1918 – vor 1918 beschäftigte sich Rohrbach mit antirussischer Publizistik, in welcher der ukrainische Bestandteil eher als Hilfsfaktor betrachtet wurde – und fand ihren vollkommensten Ausdruck neben seinen persönlichen publizistischen Aktivitäten in der Gründung der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft und in der aktiven Beteiligung an den praktischen Aufgaben Deutschlands in der

74 Telegramm der ukrainischen Gesandtschaft in Wien an das Generalkommando München vom 10. Oktober 1918, Staatsarchiv München. Pol. Dir. München 277:

„Deutsch-Ukrainischer Wirtschaftsverband. (e.V.) [...] Sitz in München.

Ziele des Verbandes: Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Ukraine.

Zeit der Gründung: 28. Mai 1918. Zeit der Einreichung des Antragsformulars: 10. Juli 1922. Tag der Eintragung zum Register des Register-Gerichts München: 10. August 1918. Unter Nr. 1349718, Band XV, Nr. 32.

1-er Vorsitzender: J. Pschorr, Präsident der Handelskammer München.

2-er Vorsitzender: L. Lustig, Generaldirektor der Deutschen Eisenhandels-A.G. Berlin.

1-er Schriftführer: A. Friedel, Direktor der Diamant-A.-G. München.

2-er Schriftführer: Dr. Dingeldey, Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Fabriken Berlin.

Schatzmeister: Dr. Löhr, Direktor der bayerischen Vereinsbank München.“

Ukraine. Zu erwähnen ist hier der Besuch in Kiew im April-Mai 1918 mit dem Ziel, die Lebensfähigkeit des Regimes von Hetman Skoropads'kyj abzuschätzen.⁷⁵ Interessant ist auch, daß Rohrbach 1918 die von Schupp erfolgreich getesteten organisatorischen Formen wiederholte, indem er parallel die Arbeit der „Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft“ und eigentlich auch die Zeitschrift „Ukraine“ leitete.

Dr. Schupp entfaltete in den Jahren 1916-1917 unter Obhut des Kriegsministeriums seine Tätigkeit zur Gewinnung der öffentlichen Meinung zugunsten der Idee einer großen Bedeutung der Ukraine für Deutschland zwecks informationeller Vorbereitung von künftigen praktischen Schritten Deutschlands bezüglich der Ukraine. Er tat dies in der für ihn charakteristischen Art und Weise, nämlich weniger als Publizist, sondern vor allem als Organisator. Im Unterschied zur Vorgehensweise Paul Rohrbachs, der seine Person gern in den Vordergrund stellte, agierte Schupp für gewöhnlich lieber im Hintergrund: Er initiierte und leitete die Arbeit von vielen bekannten Publizisten und Wissenschaftlern. Er organisierte sie in einer maßgebenden Bewegung, deren Bedeutung für die Herausbildung der deutschen Ukraine-Politik im Ersten Weltkrieg schwer zu überschätzen ist.

75 Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Abteilung Geheimes Staatsarchiv. MA 95088. Akten des K. Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern. Die Ukraine betreffend 1917-1918. Streng vertrauliche Denkschrift der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft vom 29. Juni 1918 „Regierung und Volk in der Ukraine“. 9 Seiten. Auch in: Dem Andenken Paul Rohrbachs, S. 11.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

9.1 Veröffentlichte Quellen

HORNYKIEWYCZ, THEOPHIL (Hrsg.) Ereignisse in der Ukraine 1914-1922. Deren Bedeutung und historische Hintergründe. Philadelphia-Horn. 1966-1969. Bd. 1-4.

KÖHLER, FRANZ Der neue Dreibund. Ein deutsches Arbeitsprogramm für das gesamte deutsche Volk und seine Freunde. München 1915.

LENTNER, KARL Russischer Volksimperialismus. Berlin 1915.

OSTMANN, ECKEHARDT Rußlands Fremdvölker, seine Stärke und Schwäche. München 1915.

ROHRBACH, PAUL Der Krieg und die deutsche Politik. Leipzig 1915.

ROHRBACH, PAUL Weltpolitisches Wanderbuch 1897-1915. Leipzig 1916.

9.2 Archivalien

I. Bundesarchiv Berlin

Auswärtiges Amt. R 901

II. Geheimes Staatsarchiv, Preussischer Kulturbesitz Berlin

Hauptabteilung I, Repositur 89. Königliches geheimes Zivilkabinett

III. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn

Die Bestrebungen der Ukrainophilen und die kleinrussische (ruthenische) Frage. R 11107-11108
Geheime Akten betreffend den Krieg 1914. R 20950-21222

IV. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

Abteilung Geheimes Staatsarchiv:

Akten des K. Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern. Die Ukraine betreffend 1917-1918

Abteilung Kriegsarchiv:

Akten des K.B. Kriegsministeriums:

Presse während des Krieges

Freiwillige Zahnärzte

V. Staatsarchiv München

Akten der Polizeidirektion München

VI. Archiv der Stadt München

Sammlung: Bürgermeister und Rat

VII. Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukraine, Kyïv

Fond 1235 M.S. Hruschevs'koho

9.3. Literatur

9.3.1. Nachschlagewerke

1. Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa. Hrsg. von Frank Wende. Stuttgart 1981.
2. Meyers Enzyklopädisches Lexikon. Bd. 8. Mannheim, Wien, Zürich 1973.
3. MANN, G. Deutsche Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Frankfurt a.M. 1959.

9.3.2. Spezielle Literatur

BAYER, HANS Die Mittelmächte und die Ukraine 1918. München 1956. (=Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Beiheft 2).

BIHL, WOLFDIETER Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk. Wien, Köln, Graz 1970.

BIHL, WOLFDIETER Die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland in bezug auf die galizische Frage 1908-1914, in: Galizien um die Jahrhundertwende. Hrsg. von Karlheinz Mack. Wien, München 1990, S. 35-50.

BIHL, WOLFDIETER Das im Herbst 1914 geplante Schwarzmeer-Unternehmen der Mittelmächte, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F. 14, 1966, S. 362-366.

BIHL, WOLFDIETER Österreich-Ungarn und der „Bund zur Befreiung der Ukraine“, in: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch. Graz, Wien, Köln. 1965. S. 505-526.

BOROWSKY, PETER Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung von Wirtschaftsfragen. Lübeck und Hamburg 1970.

BOROWSKY, PETER Paul Rohrbach und die Ukraine, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Hrsg. von V.I. Gleiss u. B.J. Wendt. Düsseldorf 1973, S. 437-453.

DOROSCHENKO, DMYTRO Die Ukraine und das Reich. Leipzig 1941.

FEDYSHYN, OLEH S. Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918. New Brunswick (New Jersey) 1971.

FISCHER, FRITZ Griff zur Weltmacht. Düsseldorf 1961.

GOLCZEWSKI, FRANK Zur deutschen Ukrainepolitik 1918-1926, in: Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stökl zum 75. Geburtstag. Hrsg. von Manfred Alexander. Stuttgart 1991, S. 119-129. (=Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Beiheft 5).

GREBING, HELGA Österreich-Ungarn und die „Ukrainische Aktion“ 1914-1918. Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F. 7, 1959, S. 270-296.

HEIDORN, GÜNTER Monopole – Presse – Krieg. Studien zur deutschen Außenpolitik in der Periode von 1902 bis 1914. Berlin (O) 1964.

HUNCZAK, TARAS (Hrsg.) The Ukraine 1917-1921. A Study in Revolution. Cambridge (Mass.) 1977.

KRUCK, A. Geschichte des Alldeutschen Verbandes (1890-1939). Wiesbaden 1954.

KULINYČ, IVAN MARKOVYČ Ukraïna v zaharbnyč'kych planach nimec'koho imperializmu (1900-1914 rr.). Kyïv 1963.

MARK, RUDOLF Zur ukrainischen Frage im ersten Weltkrieg: Flugschriften des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ und ihm nahestehender Publizisten 1914-1916, in: Zeitschrift für Ostforschung 33, 1984, S. 196-226.

MARK, RUDOLF Die gescheiterten Staatsversuche, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993, S. 172-201.

MOGK, WALTER Paul Rohrbach und das „Größere Deutschland“. München 1972.

PROKOPTSCHUK, G. Deutsch-Ukrainische Gesellschaft, 1918-1968. München 1968.

REMER, CLAUS Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917/18. Frankfurt a.M. u.a. 1997.

RÖDER, FRIEDRICH Biographische Skizze, in: Dem Andenken Paul Rohrbacks. Ein Beitrag zur osteuropäischen Problematik. Hrsg. von der Deutsch-Ukrainischen Herder-Gesellschaft e.V. München 1959, S. 7-14.

Zur Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus. Protokoll einer Arbeitstagung am 23.9.1967 in Berlin. Jena 1969.